



**Monitoring zur
Integration von Migranten
in Wiesbaden**

Bericht 2015

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
- September 2015

Bezug

Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de/statistik



Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet, diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

Seite

1	Das Wiesbadener Monitoring	1
2	Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden	5
3	Indikatoren zur strukturellen Integration	12
3.1	Rechtliche Integration	12
A.1.1	Aufenthaltstitel	12
A.1.2	Einbürgerungsanspruch	14
3.2	Integration in das Bildungssystem	16
A.2.1	Kindergartenbesuch	16
A.2.2	Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe	18
A.2.3	Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen	20
A.2.4	Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag	23
3.3	Integration in den Arbeitsmarkt	25
A.3.1	Beschäftigtenquote	25
A.3.2	Berufliche Qualifikation der Beschäftigten	27
A.3.3	Geringfügige Beschäftigung	31
A.3.4	Arbeitslosigkeit	33
A.3.5	Jugendarbeitslosigkeit	34
A.3.6	SGB II-Bezugsquote	36
3.4	Integration in den Wohnungsmarkt	38
A.4.1	Segregationsindex	38
A.4.2	Wohnungseigentümerquote	41
4	Indikatoren zur kulturellen Integration	42
B.1	Spracherwerb	42
B.2	Gesundheit / Übergewicht	44
5	Indikatoren zur sozialen Integration	47
C.1.1	Langer Aufenthalt in Deutschland	47
C.1.2	In Deutschland Geborene	49
C.2.1	Einheiratsquote	50
C.2.2	Einreise zur Eheschließung	52
C.2.3	Haushalte gemischter Herkunft	53
6	Indikatoren zur identifikatorischen Integration	55
D.1	Einbürgerungsquote	55
7	Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“	57
8	Konsequenzen für die Integrationsarbeit aus Sicht der Fachverwaltung	59

ANHANG

1 Das Wiesbadener Monitoring

*Monitoring als Element
der Wiesbadener
Integrationsberichterstattung*

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat 2003 erstmals ein Integrationsmonitoring herausgegeben, das seitdem regelmäßig fortgeschrieben und weiterentwickelt wurde. Viele andere Großstädte, aber auch kleinere Kommunen und Landkreise, haben ähnliche Ansätze erprobt und etabliert. Bund und Länder haben in den letzten Jahren das Thema Integrationsmonitoring ebenfalls aufgegriffen und eigene Indikatorenkataloge entwickelt.

*Bestandteil des
Integrationskonzepts*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist auch Bestandteil des Integrationskonzepts der Landeshauptstadt Wiesbaden. 2014 wurde eine zweite Fortschreibung des Konzepts erarbeitet (Laufzeit 2015 bis 2019); dabei hat das Monitoring den Prozess der Zielfindung maßgeblich unterstützt.

*Ziel des Monitorings:
Integration sichtbar machen*

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Vorrangiges Ziel des Monitorings ist es daher, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Durch regelmäßige Messungen und die Abbildung von Zeitreihen werden Entwicklungen kontinuierlich verfolgt. Auf diese Weise soll sichtbar werden, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Handlungsbedarf besteht. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgabe der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine unterstützende Funktion bei der Steuerung von Integrationsprozessen wahr.

Das Integrationsmonitoring soll zeigen, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

*Eingeschränkte
Wirkungsmessung*

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Monitoring und Evaluation sind zwar im Zusammenhang zu betrachten, jedoch bedarf die Wirkungsmessung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen eigener Untersuchungsansätze.

*Nicht alles kann auf kommunaler
Ebene gesteuert werden*

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis
von Integration*

Ziel der Wiesbadener Integrationspolitik ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Voraussetzung erfolgreicher Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“.¹

¹ Integrationskonzept, 1. Fortschreibung 2010-2014; gleichlautend im Entwurf des Integrationskonzeptes 2015-2019 für die Landeshauptstadt Wiesbaden (SV 15-V-33-0006, derzeit noch in der politischen Abstimmung).

*Vier Dimensionen
des Integrationsprozesses*

Der Integrationsprozess wird in vier Dimensionen gegliedert:²

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, z. B. Bildung und Arbeitsmarkt)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft, z. B. interethnische Partnerschaften)
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl)

**Übersicht 1:
Dimensionen der Integration**

Dimensionen	Themenfelder	Indikatoren (Beispiele)
strukturell	Rechtliche Integration	Aufenthaltssicherheit
	Integration in das Bildungssystem	Schulbesuch
	Integration in den Arbeitsmarkt	Erwerbsquote
kulturell	Integration in den Wohnungsmarkt	Eigentümerquote
	Spracherwerb	Sprachfähigkeiten bei Kindern
sozial	Gesundheit	Übergewicht
	Aufenthaltsdauer / Bleibeabsichten	In Deutschland Geborene
identifikatorisch	Multikulturelles Zusammenleben	Einheiratsquote
	Einbürgerungen	Einbürgerungsquote

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*22 Indikatoren
zur Messung von Integration*

Das Monitoring greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 22 Kennzahlen zur objektiven Beschreibung des Integrationsprozesses. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise zwischen Ausländer/-innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

² Das Konzept der vier Dimensionen für das Integrationsmonitoring geht auf die theoretischen Arbeiten von Friedrich Heckmann zurück, vgl. z. B. Heckmann, Friedrich: Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efms Paper Nr. 11. Bamberg, 1997.

*Unterschiedliche Definitionen
des „Migrationshintergrunds“*

Soweit ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird, können die Kriterien je nach fachstatistischer Provenienz recht unterschiedlich sein. So wird beispielsweise der Migrationshintergrund in der Schulstatistik anders abgebildet als im Einwohnermelderegister. Eine systematische Übersicht über die verschiedenen Definitionen hat das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2010 veröffentlicht.³ Ob und wie im konkreten Fall ein Migrationshintergrund definiert wird, wird jeweils bei den einzelnen Indikatoren dokumentiert.

*Kennziffern mit und ohne
Vergleichsgruppe*

Die meisten verwendeten Kennziffern lassen sich als „Vergleichsindikatoren“ bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Darüber hinaus werden „Optimierungsindikatoren“ genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (z. B. die Zahl der Ausländer/-innen mit gesichertem Aufenthaltsrecht oder die Zahl der Einbürgerungen).

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring greift auf verfügbare Daten der amtlichen und der kommunalen Statistik zurück. Primärerhebungen zu integrationsrelevanten Themen fließen sporadisch in das Monitoring ein und verbreitern die Datenbasis. So liefern beispielsweise die Ergebnisse der im Herbst 2014 durchgeführten repräsentativen Bürgerbefragung „Leben in Wiesbaden“ Informationen zu Kontakten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, zur Bewertung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens sowie zur Beurteilung von Integration als gesellschaftlicher Aufgabe.

³ Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: „Personen mit Migrationshintergrund“. Aktueller Stand des Nachweises in der Statistik. Wiesbaden, 2010. Abrufbar unter http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/10_2010_Sonderpublikation.pdf

Tabellen und Grafiken

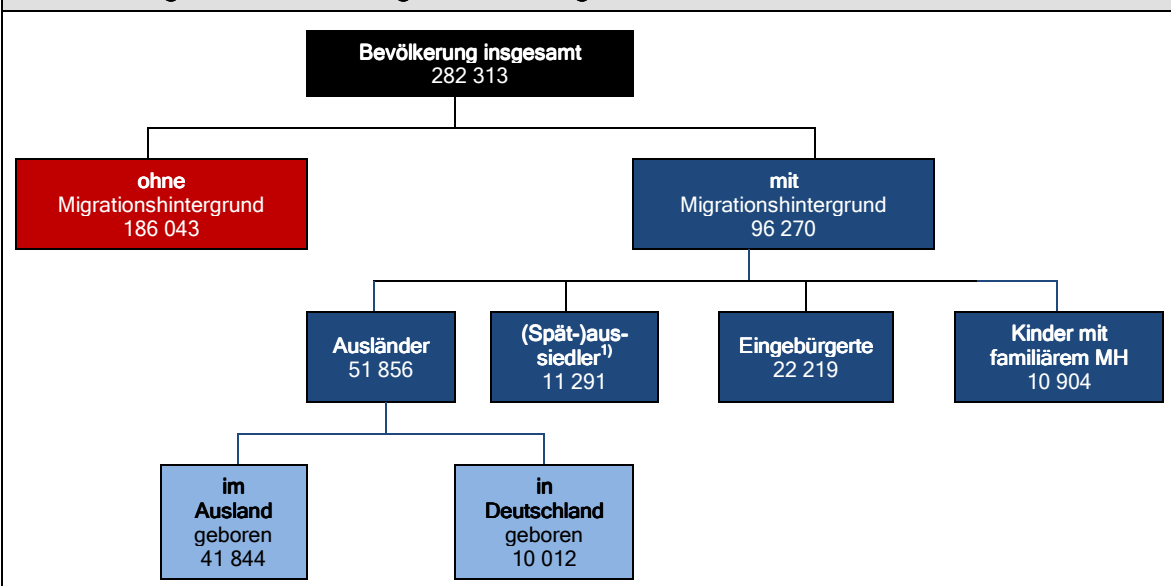
Die Darstellung der Erkenntnisse aus dem Monitoring folgt einem einheitlichen Aufbau; die einzelnen Indikatoren werden jeweils auf ein bis zwei Seiten abschließend dokumentiert. So können die Definitionen der Kennziffern, ihre Datenquellen, methodische Hinweise sowie die Ergebnisse hinsichtlich des Integrationsprozesses „auf einen Blick“ erfasst werden. Wer darüber hinaus an absoluten Größenordnungen interessiert ist, wird im Anhang fündig.

2 Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden

Jeder Dritte hat einen Migrationshintergrund

Ende 2014 hatten 96 270 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener einen Migrationshintergrund, das sind 34,1 % der Bevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen (51 856) besitzt ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit; die übrigen 44 414 sind Deutsche mit einem Migrationshintergrund, der entweder auf eine Herkunft aus dem Ausland oder (bei Minderjährigen) auf einen Migrationshintergrund der Mutter zurückzuführen ist.

Bild 1:
Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund am 31.12.2014



1) einschließlich deren Kinder


Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Immer mehr Deutsche
mit Migrationshintergrund*

Seit 2004 ist die Zahl der Migrantinnen und Migranten fast kontinuierlich gestiegen - in zehn Jahren um knapp 18 %. Dies ist in erster Linie auf die stetig wachsende Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen, deren Anzahl in diesem Zeitraum um 30,9 % anstieg und die heute fast die Hälfte aller Migranten ausmacht. Hinsichtlich der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer lässt sich dagegen kein eindeutiger Entwicklungstrend identifizieren. Seitdem 2010 das Einwohnermelderegister in größerem Umfang durch Abmeldungen von Amts wegen bereinigt wurde⁴, steigen die Ausländerzahlen wieder an.

Tab. 1: Personen mit Migrationshintergrund 2004 bis 2014			
Jahr	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
2004	81 763	47 837	33 926
2005	83 755	48 544	35 211
2006	85 476	48 715	36 761
2007	86 900	49 111	37 789
2008	87 164	48 368	38 796
2009	87 755	48 032	39 723
2010	86 045	44 995	41 050
2011	88 560	46 584	41 976
2012	90 866	47 843	43 023
2013	92 953	49 080	43 873
2014	96 270	51 856	44 414

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migrantenbevölkerung
deutlich jünger*

Zwischen der Bevölkerung mit und jener ohne Migrationshintergrund bestehen deutliche Unterschiede im Altersaufbau. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist, vereinfachend gesagt, erheblich jünger; ihr Medianalter liegt mit 36 Jahren um 7 Jahre unter dem der Gesamtbevölkerung. Die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erreicht ein Medianalter von 47 Jahren.

⁴ Bei 4 767 der insgesamt 5 880 Registerbereinigungen im Jahr 2010 handelte es sich um Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Besonders auffallend sind die Unterschiede am unteren und am oberen Ende der Altersskala, und entsprechend variiert der Anteil der Migranten zwischen den einzelnen Altersklassen: In den jüngeren Gruppen ist er überproportional hoch (unter 18 Jahre: 46,0 %), in den obersten Altersgruppen (noch) recht gering (65 Jahre und älter: 17,6 %).

Tab. 2:
Bevölkerung nach Alter und Migrationshintergrund am 31.12.2014

Alter in Jahren	Bevölkerung			
	insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund		
		zusammen	Ausländer/-innen	Deutsche
unter 6	16 225	7 288	1 625	5 663
6 bis unter 10	10 489	5 114	1 152	3 962
10 bis unter 18	20 623	9 391	2 810	6 581
18 bis unter 30	40 954	14 914	9 868	5 046
30 bis unter 45	60 027	26 305	17 244	9 061
45 bis unter 65	78 617	23 523	13 943	9 580
65 und älter	55 378	9 735	5 214	4 521
Insgesamt	282 313	96 270	51 856	44 414

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen


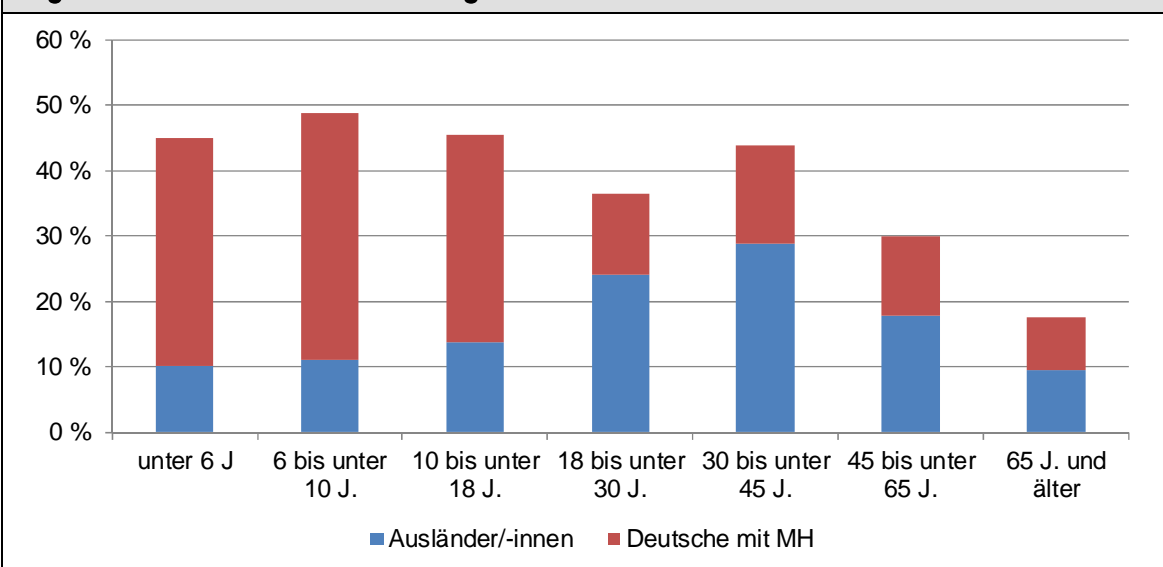


Bild 2:
Migrantenanteil an der Bevölkerung am 31.12.2014

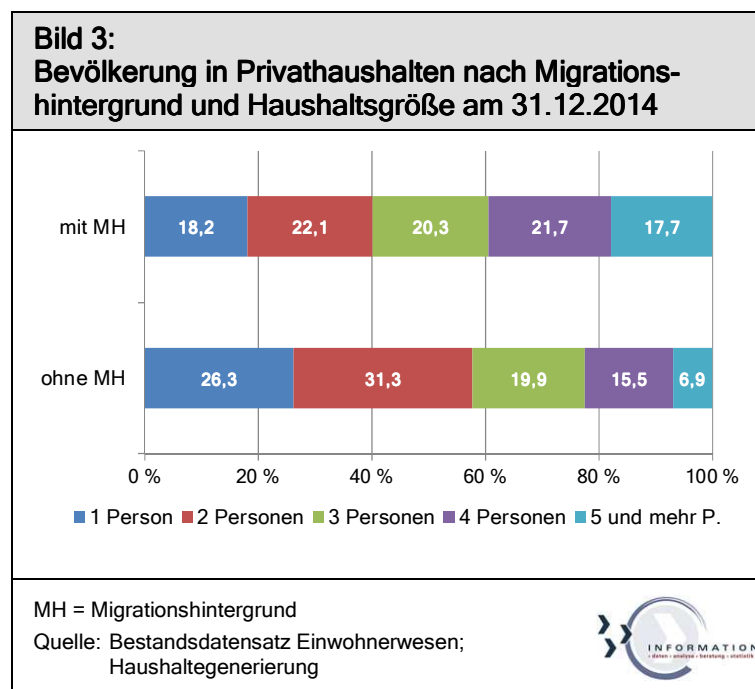


MH = Migrationshintergrund
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migranten
eher in größeren Haushalten*

Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Migrationshintergrund bilden tendenziell größere Haushalte als Einheimische. 39,4 % von ihnen leben in Haushalten mit vier und mehr Personen (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 22,4 %). Andererseits sind Alleinlebende innerhalb der Migrantenbevölkerung vergleichsweise selten anzutreffen: Der Single-Anteil liegt hier bei 18,2 %, während in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 26,3 % mehr als jede/r Vierte einen Einpersonenhaushalt führt. Die unterschiedliche Größenstruktur ist dabei nicht nur auf ein abweichendes Haushaltsbildungsverhalten zurückzuführen, sondern ist auch eine Folgewirkung der unterschiedlichen Altersverteilung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.⁵



*Häufigste Herkunftsländer:
Türkei und Polen*

Die in Wiesbaden lebenden Migrantinnen und Migranten kommen aus insgesamt 170 verschiedenen Ländern. Mit

⁵ Migranten sind überproportional in den Altersgruppen unter 18 und zwischen 25 und 45 Jahren vertreten - gerade diese Altersgruppen bilden in der Regel größere Haushalte. Hätten Migranten dieselbe Altersverteilung wie Nichtmigranten, so läge ihr Anteil in 1-Personen-Haushalten rechnerisch bei 21,0 % (2 Personen: 27,7 %, 3 Personen: 19,5 %, 4 Personen: 17,7 %, 5 und mehr Personen: 14,1 %). Das heißt: „Bereinigt“ um den Alterseffekt wäre die Verteilung der Haushaltsgrößen zwar ähnlicher der von Nichtmigranten, würde aber immer noch eine Tendenz zu größeren Haushalten aufweisen.

16 186 Personen stammt die größte Gruppe aus der Türkei, das sind 16,8 % aller Migranten. 9 699 von ihnen haben die türkische Staatsangehörigkeit, weitere 6 487 besitzen türkische Wurzeln und haben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder aufgrund ihrer Geburt in Deutschland erhalten.

Die zweitgrößte Gruppe mit 6 593 Personen hat einen polnischen Migrationshintergrund. Sie setzt sich zusammen aus 4 461 polnischen Staatsangehörigen und 2 132 Deutschen polnischer Herkunft.

Weitere umfangreiche Gruppen kommen aus der Russischen Föderation, aus Marokko, Italien, Kasachstan und Griechenland. Von den Einwohnern russischer und kasachischer Herkunft besitzen die allermeisten die deutsche Staatsangehörigkeit; hier handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um (Spät-)aussiedler.

**Tab. 3:
Die häufigsten Herkunftsländer der Wiesbadener
Migrantinnen und Migranten am 31.12.2014**

Herkunftsland	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
Türkei	16 186	9 699	6 487
Polen	6 593	4 461	2 132
Russische Föderation	5 172	1 043	4 129
Marokko	4 965	1 716	3 249
Italien	4 868	4 068	800
Kasachstan	3 700	180	3 520
Griechenland	3 210	2 733	477
Rumänien	2 986	2 119	867
Serbien	2 769	1 799	970
Iran	2 469	716	1 753

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



Positiver Wanderungssaldo ...

Zuwanderungen aus dem Ausland trugen in den letzten Jahren zum Wachstum der Wiesbadener Bevölkerung bei. Zwar ist auch Abwanderung gesellschaftliche Realität, doch war der Wanderungssaldo, also die Differenz

aus Zu- und Fortzügen, von Ausländern aus dem bzw. ins Ausland seit 2011 stets positiv. Mit rund 2 000 Personen lag er im Jahr 2014 höher als in den drei Jahren zuvor.

... durch Zuwanderung, ...

Eine besondere Zielgruppe der Integrationsarbeit bilden die Neuzuwanderer, also die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Staatsangehörigen. Ihre Zahl ist für Wiesbaden in letzter Zeit stark angewachsen: Von 2009 bis 2014 kletterte sie von 3 102 auf 5 883 und damit auf fast das Doppelte. Der höchste Zuwachs wurde im Jahr 2014 registriert.

... insbesondere aus Rumänien und Bulgarien

Das Gros der nach Wiesbaden Zuwandernden sind Personen mit (süd-)osteuropäischer Staatsbürgerschaft: Rumänen, Bulgaren und Polen machten 2014 36,4 % der Einwanderung aus. Insbesondere bei Zuziehenden rumänischer und bulgarischer Nationalität wurde in den letzten Jahren - infolge der schrittweisen Öffnung einzelner Arbeitsmarktsegmente - ein deutlicher Zuwachs registriert. Überproportionale Zugewinne innerhalb der letzten fünf Jahre wurden aber auch bei Zuwanderern italienischer und spanischer Staatsangehörigkeit beobachtet, also aus den von der Finanz- und Schuldenkrise stark betroffenen Ländern Südeuropas. Einen Sonderfall bilden die Neuzuwanderer aus Syrien, die als Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland Asyl beantragen.

Überwiegend handelt es sich bei den Neuzuwanderern um Männer (2014: 62,3 %). Gut 80 % der Zuwandernden sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Aber auch die Zahl der Minderjährigen unter den Eingewanderten ist in den letzten Jahren stark gestiegen.

Zwei von drei Neuzugängen sind Unionsbürger

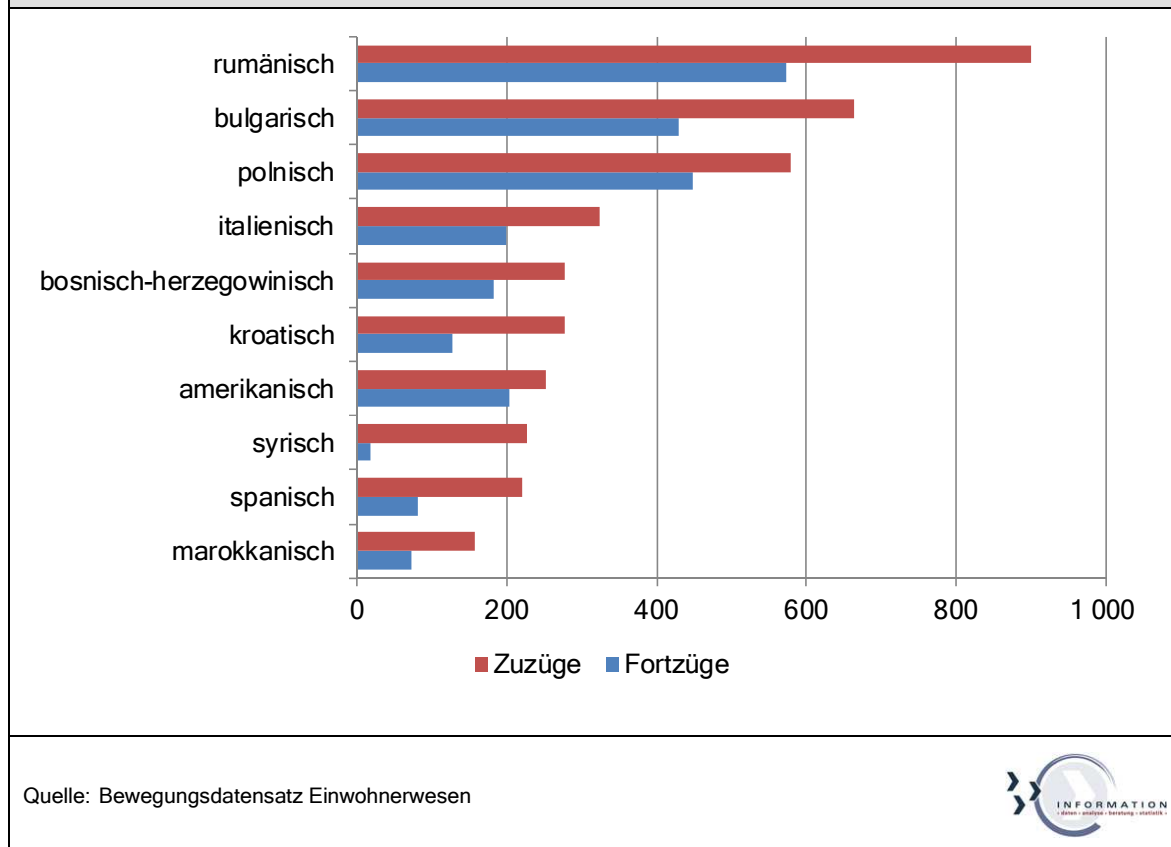
Die verstärkte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien - beide Länder gehören seit 2007 zur Europäischen Union - beeinflusst auch das Zahlenverhältnis zwischen Zuzügen aus EU- und aus Drittstaaten: Waren 2009 noch 54,7 % der aus dem Ausland Zuziehenden Unionsbürger, so lag ihr Anteil 2012 schon bei 67,8 %. Seitdem ist er wieder leicht rückläufig (2014: 62,9 %). Gleichzeitig hat sich die absolute Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen gegenüber 2009 mehr als verdoppelt.

Tab. 4: Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland 2009 bis 2014						
	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Insgesamt	5 883	4 896	4 384	4 387	3 721	3 102
Männer	3 668	3 064	2 685	2 917	2 380	1 989
Frauen	2 215	1 832	1 699	1 470	1 341	1 113
im Alter von ... Jahren						
unter 18	856	613	498	419	353	280
18 bis unter 25	1 162	1 047	915	924	736	693
25 bis unter 30	890	754	677	679	599	517
30 bis unter 40	1 360	1 171	1 072	1 082	1 030	802
40 bis unter 50	1 012	775	739	773	603	494
50 bis unter 65	498	451	426	460	344	278
65 und mehr	105	85	57	50	56	38
mit ... Staatsangehörigkeit						
rumänischer	900	722	611	462	448	239
bulgarischer	663	461	497	494	331	214
polnischer	579	686	704	819	556	530
italienischer	323	234	193	157	136	107
bosnisch-herzegowinischer	278	201	129	230	222	166
kroatischer	278	147	41	47	75	70
amerikanischer	252	225	161	221	204	171
syrischer	227	41	18	17	19	21
spanischer	220	219	181	108	84	67
marokkanischer	156	132	104	79	74	68
mit Staatsangehörigkeit						
eines EU-Landes	3 698	3 273	2 971	2 792	2 130	1 698
eines Drittstaates	2 185	1 623	1 413	1 595	1 591	1 404

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 4:
Zu- und Fortzüge von Ausländer/-innen aus dem bzw. ins Ausland 2014
nach Staatsangehörigkeit



3 Indikatoren zur strukturellen Integration

3.1 Rechtliche Integration

A.1.1 Aufenthaltstitel

Definition

Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit

Relevanz

Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristige Lebensperspektive und weitere Integrationsschritte der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Je besser die rechtliche Absicherung, desto besser die Chancen am öffentlichen Leben teilzuhaben, die eigenen Interessen wahrzunehmen und vor allem auch uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen zu können.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

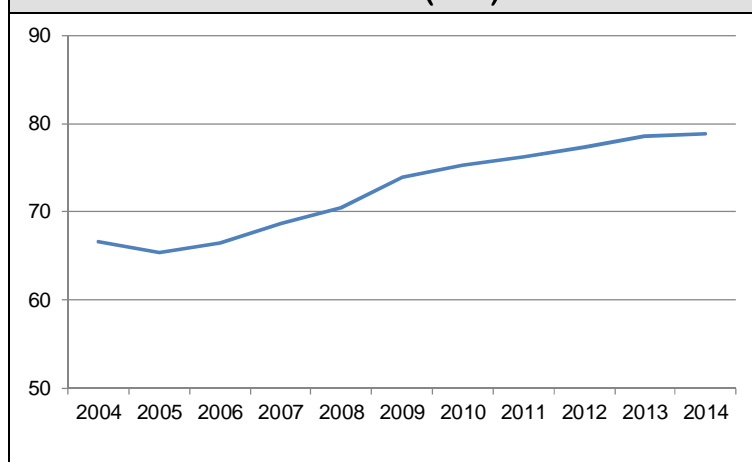
Tab. 5:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel 2004 bis 2014 (in %)

Jahr	Anteil unbefristeter Aufenthalt		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	66,6	67,7	65,5
2005	65,4	66,4	64,5
2006	66,5	67,4	65,5
2007	68,7	69,6	67,9
2008	70,5	71,3	69,7
2009	73,9	75,1	72,8
2010	75,3	76,3	74,4
2011	76,2	77,3	75,1
2012	77,3	78,4	76,2
2013	78,5	79,5	77,5
2014	78,8	79,2	78,3

Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 5:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel 2004 bis 2014 (in %)



Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Trend zeigt nach oben

Ende des Jahres 2014 haben 78,8 % der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen sicheren Aufenthaltsstatus. Damit hat sich die positive Tendenz der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt.

A.1.2 Einbürgerungsanspruch

Definition

Anteil der Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger.

Relevanz

Ausländer, die diese Kriterien erfüllen, haben rechtlich gesehen die besten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Methodische Hinweise

Gemessen werden mit diesem Indikator lediglich die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Einbürgerung. Weitere Bedingungen wie Kenntnisse der deutschen Sprache sowie das Bestehen eines Einbürgerungstestes können statistisch nicht abgebildet werden.

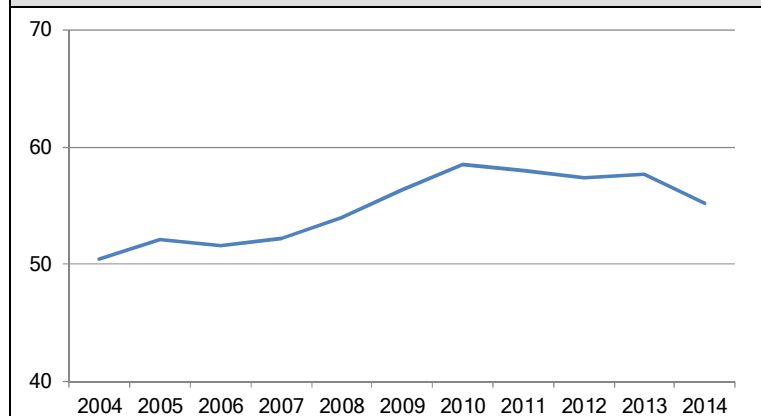
Tab. 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf
Einbürgerung 2004 bis 2014 (in %)

Jahr	Anteil Einbürgerungsanspruch		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	50,5	51,4	49,5
2005	52,1	52,3	51,8
2006	51,6	51,7	51,5
2007	52,2	52,4	52,0
2008	54,0	54,0	54,1
2009	56,3	56,4	56,3
2010	58,5	58,3	58,6
2011	58,0	57,2	58,8
2012	57,4	56,2	58,5
2013	57,7	56,2	59,3
2014	55,2	53,0	57,4

Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf
Einbürgerung 2004 bis 2014 (in %)



Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Trendumkehr
 beim Einbürgerungsanspruch*

Der Anteil der Einbürgerungsberechtigten liegt 2014 bei 55,2 % - mehr als die Hälfte der Wiesbadener mit ausländischem Pass erfüllt also die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen um Deutsche zu werden. Dass sich der bis 2010 beobachtete Aufwärtstrend in den letzten Jahren nicht fortgesetzt hat, ist auf die verstärkte Neuzuwanderung der letzten Jahre zurückzuführen.

3.2 Integration in das Bildungssystem

A.2.1 Kindergartenbesuch

<i>Definition</i>	Anteil der Kinder, die vor ihrer Einschulung mindestens 18 Monate lang einen Kindergarten besucht haben
<i>Relevanz</i>	Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängt. Zudem fördert der Besuch einer Kindertagesstätte die kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges integrationspolitisches Ziel.
<i>Datenquelle</i>	Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)
<i>Migrationshintergrund</i>	Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.
<i>Methodische Hinweise</i>	Zu beachten ist, dass der Indikator auch von der Aufenthaltsdauer in Deutschland beeinflusst werden kann: Kinder aus Migrantenfamilien, die erst kurz vor der Einschulung in die Bundesrepublik eingewandert sind, haben nicht die Chance auf einen ausreichend langen Besuch einer Kindertagesstätte. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit einheimischen Kindern eingeschränkt.

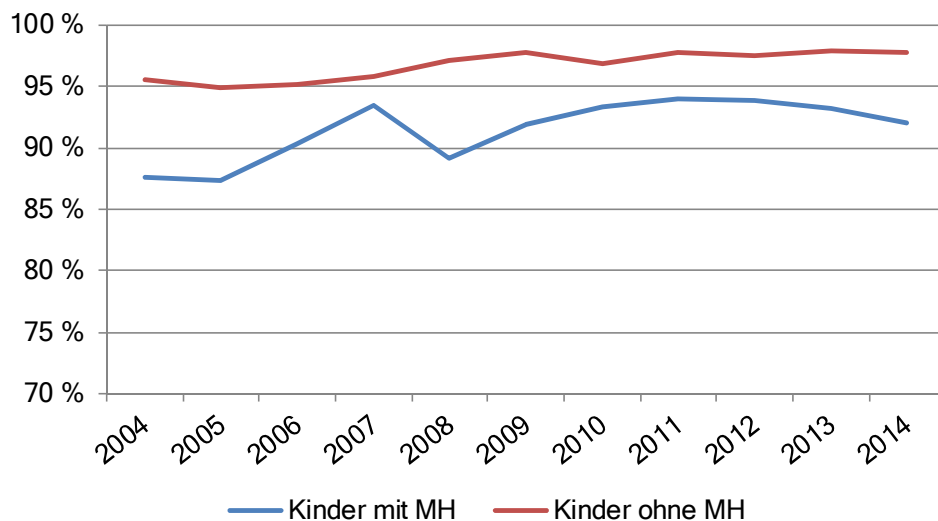
Tab. 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2004 bis 2014

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2004	87,6	89,3	85,7	95,6	95,6	95,6
2005	87,4	86,7	88,3	94,9	94,7	95,1
2006	90,3	89,1	91,6	95,2	94,8	95,7
2007	93,5	93,5	93,4	95,8	96,5	95,0
2008	89,2	89,3	89,2	97,1	97,0	97,2
2009	91,9	91,9	91,9	97,7	97,5	97,8
2010	93,3	93,8	92,8	96,8	97,9	95,4
2011	94,0	94,1	94,0	97,7	97,6	97,8
2012	93,8	94,1	93,4	97,5	97,1	97,9
2013	93,2	92,5	93,8	97,9	98,1	97,6
2014	92,0	90,4	93,7	97,7	98,0	97,4

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2004 bis 2014



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Langfristig positive Tendenz
beim Kindergartenbesuch*

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementareinrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, lag 2014 bei 92,0 %. Damit hat sich die Verbesserung, die zwischen 2008 und 2011 zu beobachten war, in den letzten Jahren nicht fortsetzen können, vielmehr hat sich der Abstand zu den einheimischen Kindern wieder leicht erhöht. Dies ist wohl darin begründet, dass mit der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren auch die Zahl der Kinder gestiegen ist, die ohne (oder ohne längeren) Kindergartenbesuch eingeschult wurden.

A.2.2 Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe

Definition

Anteil von Gymnasialschüler/-innen an allen Schüler/-innen der 8. Jahrgangsstufe

Relevanz

Der Indikator gibt einen Zwischenstand im Bildungsweg zu einem Zeitpunkt vor dem Schulabschluss und bei voller Differenzierung der Bildungswege wieder. Es handelt sich um eine wichtige Kennziffer für die strukturelle Integration und die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Relation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf dem Gymnasium zeigt an, ob vergleichbare Bildungschancen zu einheimischen Schülerinnen und Schülern bestehen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.


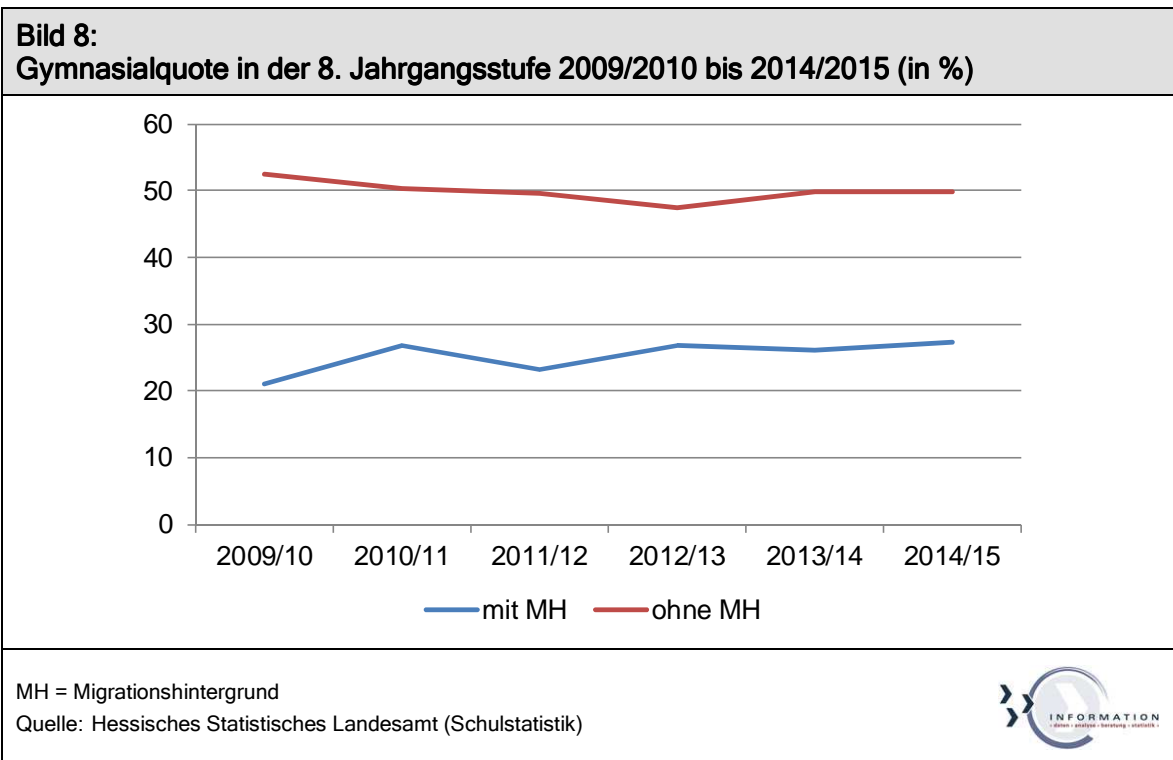
Methodische Hinweise

Die Erhebung der Schulstatistik umfasst sowohl öffentlichen Schulen als auch Schulen in privater Trägerschaft.

Tab. 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe (in %)

Schuljahr	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund			Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2009/10	21,0	17,5	24,8	52,6	51,2	54,2
2010/11	26,7	26,2	27,1	50,4	49,4	51,5
2011/12	23,3	21,2	25,9	49,6	47,5	51,7
2012/13	26,8	25,1	28,8	47,4	45,8	49,1
2013/14	26,1	24,0	28,3	49,9	47,5	52,7
2014/15	27,4	23,6	31,6	49,9	45,6	54,5

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)

Leichte Tendenz zur Annäherung

Hinsichtlich der Gymnasialquote lassen sich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ausgeprägte Unterschiede diagnostizieren: In den achten Klassen der allgemeinbildenden Schulen gehen derzeit 49,9 % der Kinder ohne Migrationshintergrund aufs Gymnasium; die entsprechende Quote bei Kindern ausländischer Herkunft liegt mit 27,4 % deutlich niedriger. Tendenziell hat sich in den letzten Schuljahren der Abstand zwischen

Kindern mit und ohne Migrationshintergrund leicht verringert. Unabhängig von der Herkunft gehen in der achten Jahrgangsstufe Mädchen häufiger auf das Gymnasium als Jungen.

A.2.3 Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen

Definition

Anteil der Schulabgänger/-innen nach erreichtem Abschluss an allen Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen

Relevanz

Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei allen Schulabgänger/-innen am Ende eines Schuljahres; er ist eine zentrale Kennziffer für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss ist, desto besser sind auch die weiteren strukturellen Integrationschancen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Der Indikator beschränkt sich auf die Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Schulen). Darüber hinaus werden Bildungsabschlüsse nicht nur an allgemeinbildenden Schulen, sondern auch an beruflichen Schulen erlangt. 2014 erwarben 1 032 Schülerinnen und Schüler einen allgemeinbildenden Schulabschluss an beruflichen Schulen, darunter 15,6 % die allgemeine Hochschulreife, 59,8 % die Fachhochschulreife und jeweils 12,1 % einen mittleren Abschluss

und einen Hauptschulabschluss. Allerdings kann auf beruflichen Schulen nur zwischen deutschen und ausländischen Schüler/-innen und (noch) nicht nach dem Migrationshintergrund differenziert werden.

Bei der Verteilung auf die Schulabschlüsse ist zu beachten, dass aufgrund der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) „doppelte Abiturjahrgänge“ die Schulen verlassen haben. Die gestiegene Zahl von Abgängerinnen und Abgängern mit Hochschulreife ist zu einem Teil auch darauf zurückzuführen.

Tab. 9: Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2010 bis 2014							
Art des Abschlusses	Jahr	Abgänger/-innen					
		mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Hauptschulabschluss	2010	7,6	9,9	5,7	3,1	2,9	3,1
	2011	9,1	11,3	7,1	2,7	3,4	2,1
	2012	8,5	9,0	7,9	2,3	2,1	2,4
	2013	7,9	9,1	6,8	1,7	1,8	1,6
	2014	7,3	10,1	4,5	2,7	3,4	2,2
mit Hauptschulabschluss	2010	32,9	38,7	27,9	13,0	14,9	11,2
	2011	30,6	34,8	26,8	12,5	15,1	10,2
	2012	28,3	32,1	24,5	11,7	12,8	10,5
	2013	22,9	26,9	19,0	9,2	10,6	8,0
	2014	20,7	23,2	18,1	8,2	9,5	7,0
mit Realschulabschluss	2010	42,3	38,7	45,4	35,4	37,1	33,9
	2011	40,7	38,3	42,9	34,2	36,3	32,4
	2012	40,4	40,0	40,9	33,8	36,2	31,2
	2013	45,9	43,7	47,9	34,9	38,6	31,2
	2014	45,7	45,5	46,0	29,3	32,9	26,0
mit Hochschulreife	2010	17,1	12,7	21,0	48,5	45,1	51,8
	2011	19,6	15,7	23,2	50,6	45,2	55,4
	2012	22,8	18,9	26,7	52,2	48,8	55,9
	2013	23,4	20,3	26,3	54,1	49,0	59,3
	2014	26,3	21,2	31,4	59,8	54,3	64,8

Ohne Abgänge aus Förderschulen
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)


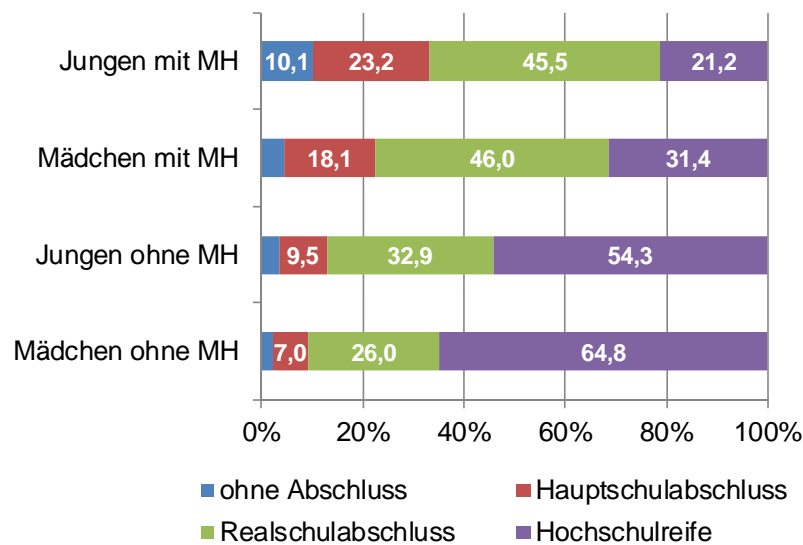


Bild 9:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2014



MH = Migrationshintergrund
 Ohne Abgänge aus Förderschulen
 Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Unter den Migranten viele Schulabgänger ohne Abschluss

Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liegt unter den Migranten bei 7,3 % und damit fast dreimal so hoch wie bei den Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund. Bei männlichen Migranten hat sich die Zahl der Abgänger ohne Abschluss gegenüber den beiden Vorjahren sogar erhöht. Die Hochschulreife erreichten unter den Migrantinnen und Migranten 26,3 %; unter den Abgängern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil mit 59,8 % mehr als doppelt so hoch. Soweit die kurze Zeitreihe eine Einschätzung zulässt, lässt sich ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bei beiden Gruppen feststellen. Ebenfalls für beide Gruppen gilt, dass Schülerinnen im Schnitt bessere Abschlüsse erhielten als ihre männlichen Mitschüler.

A.2.4 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag

<i>Definition</i>	Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen Schüler/-innen an Berufsschulen
<i>Relevanz</i>	Die meisten Jugendlichen streben, sofern sie nicht studieren wollen, beim Verlassen der Schule eine betriebliche Berufsausbildung an. Sie wird im dualen System, also in der Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschulbesuch, absolviert. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, welche Bewerber einen Ausbildungsplatz bekommen. Das Bestehen eines vertraglichen Ausbildungsverhältnisses mit dem ausbildenden Betrieb stellt eine erste Integration in das Berufsleben dar. Wer dagegen keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnte, gilt als Problemkandidat auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

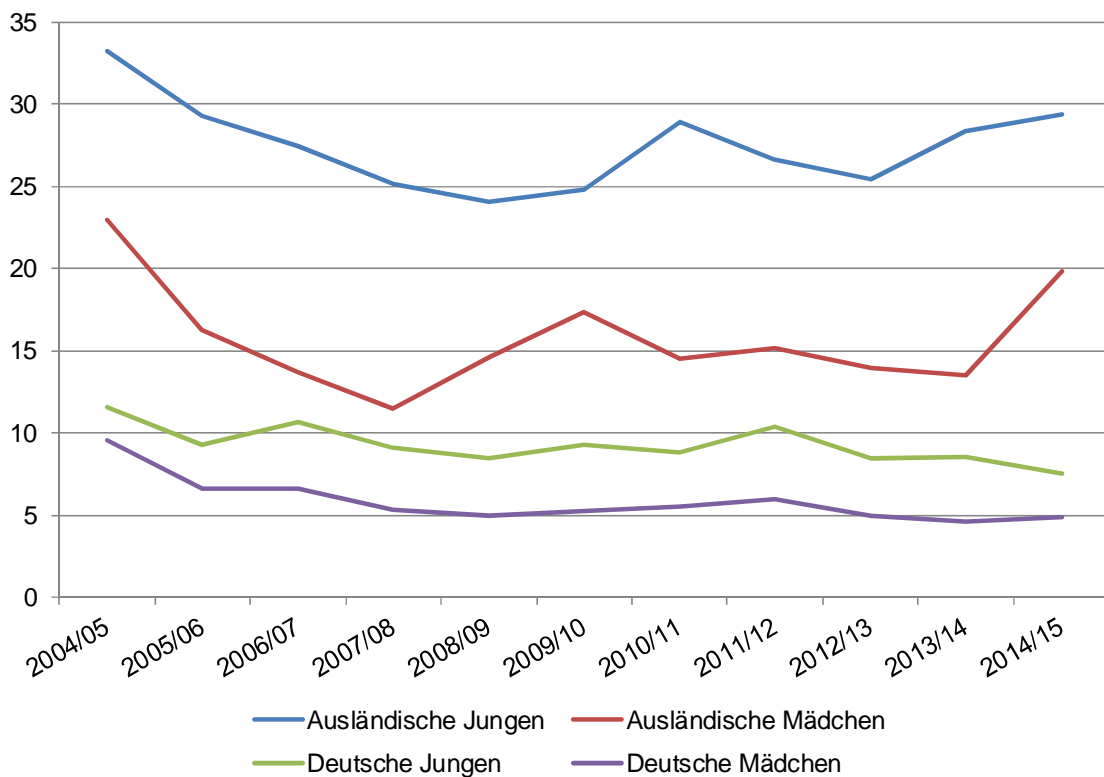
Tab. 10:
Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)

Schuljahr	Ausländische Schüler/-innen			Deutsche Schüler/-innen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2004/05	28,7	33,2	23,0	10,7	11,6	9,6
2005/06	23,7	29,3	16,3	8,1	9,3	6,6
2006/07	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6
2007/08	18,9	25,2	11,5	7,4	9,1	5,3
2008/09	19,6	24,1	14,6	7,0	8,5	5,0
2009/10	21,5	24,8	17,4	7,5	9,3	5,2
2010/11	22,8	28,9	14,5	7,4	8,8	5,5
2011/12	21,7	26,6	15,2	8,4	10,4	6,0
2012/13	20,4	25,4	14,0	7,0	8,5	5,0
2013/14	22,4	28,4	13,5	6,9	8,5	4,6
2014/15	25,5	29,4	19,8	6,4	7,5	4,9

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 10:
Anteil der Berufsschüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag (in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



*Erhebliche Unterschiede
beim Einstieg in den Beruf*

Zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bestehen nach wie vor gravierende Unterschiede, was die Chancen auf ein vertragliches Ausbildungsverhältnis angeht. Zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 hat jeder vierte ausländische Berufsschüler keinen Ausbildungsplatz, bei den deutschen Schülerinnen und Schülern trifft das lediglich auf 6 % zu. Jungen Männern ausländischer Nationalität fällt der Einstieg ins Berufsleben besonders schwer: Fast jeder dritte von ihnen scheitert daran, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Und in den letzten beiden Jahren hat sich die Situation für ausländische Jugendliche sogar noch deutlich verschärft.

3.3 Integration in den Arbeitsmarkt

A.3.1 Beschäftigtenquote

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Die Beschäftigtenquote gibt Auskunft darüber, inwieweit die Wiesbadener Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung integriert sind. Eine gelingende Partizipation am Arbeitsmarkt bildet eine Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das wiederum eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Nicht zuletzt ermöglicht der Arbeitsplatz Kontakte zwischen Deutschen und Zugewanderten, die einen wichtigen Stellenwert für die Integration haben.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September). Durch eine Revision der Beschäftigtenstatistik von August 2014 mussten Daten früherer Zeitpunkte korrigiert werden.
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind nur eine Teilgruppe der Erwerbstätigen. Erfasst werden alle Angestellten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen; Selbständige, Beamte und mithelfende Familienangehörige sind nicht enthalten.

Tab. 11:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2014 (in %)

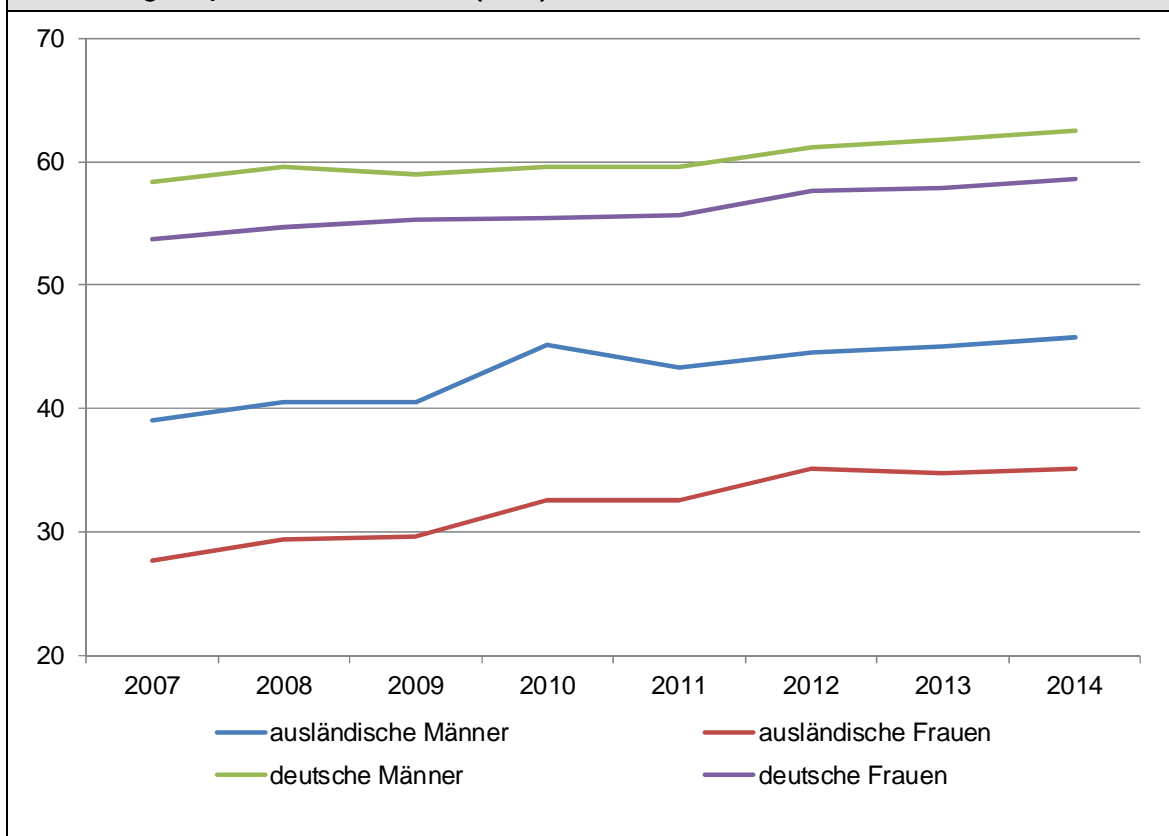
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2007	33,4	39,0	27,7	56,0	58,4	53,8
2008	35,0	40,6	29,4	57,1	59,5	54,7
2009	35,1	40,5	29,6	57,0	58,9	55,3
2010	38,8	45,2	32,5	57,4	59,5	55,5
2011	38,0	43,4	32,5	57,6	59,6	55,7
2012	39,9	44,5	35,1	59,4	61,2	57,7
2013	40,0	45,0	34,8	59,8	61,8	57,9
2014	40,6	45,8	35,1	60,5	62,5	58,6

Jeweils 30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 11:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2014 (in %)



Jeweils 30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Steigende Beschäftigtenquoten der Ausländerinnen und Ausländer

41 % der 18- bis 64-jährigen Ausländer und 61 % der erwerbsfähigen Deutschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die Beschäftigtenquote der Ausländer ist auch im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Besonders gering ist nach wie vor die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen, die allerdings seit einigen Jahren - mit Ausnahme des Jahres 2013 - steigt.

A.3.2 Berufliche Qualifikation der Beschäftigten

Definition

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach formaler beruflicher Ausbildung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, für die Angaben zur Qualifikation vorliegen.

Relevanz

Die formale berufliche Qualifikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um Positionen mit angemessenem Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen. Gerade in Deutschland sind für fast alle Berufe spezifische Ausbildungsgänge und -inhalte vorgeschrieben. Folglich ist es als Integrationshemmnis zu interpretieren, wenn Ausländer/-innen keine Berufsausbildung haben oder ihre im Ausland erworbene Ausbildung nicht anerkannt wird. Demgegenüber steigen die Chancen zur Integration, wenn aufgrund einer guten beruflichen Qualifikation entsprechende Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden können.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September. Für das Jahr 2011 30. Juni, für das Jahr 2012 31. Dezember). Durch eine Revision der Beschäftigtenstatistik von August 2014 mussten Daten früherer Zeitpunkte korrigiert werden.

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Methodische Hinweise

Aufgrund einer Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung liegen zwischen dem 30.06.2011 und dem 31.12.2012 keine Informationen zum höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vor. Beim Vergleich von Daten ab dem Stichtag 31.12.2012 mit denen vorangegangener Stichtage ist zu beachten, dass Arbeitgeber im Zuge der Umstellung die Angaben zum Berufsabschluss ihrer Beschäftigten häufig korrigiert haben, so dass sich allein aufgrund dessen die Struktur der Abschlüsse verändert hat - auf Bundesebene leicht zugunsten abgeschlossener Berufsausbildungen und akademischer Abschlüsse. Einschränkend muss angemerkt werden, dass insbesondere bei ausländischen Beschäftigten der Anteil, bei denen keine Angabe zur beruflichen Qualifikation vorliegt, bei ca. 30 % liegt.

Tab. 12: Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2007 bis 2014							
Art der beruflichen Ausbildung	Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
		Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Berufs- ausbildung	2007	41,8	41,4	42,5	16,5	16,2	16,9
	2008	41,3	40,5	42,5	16,7	16,6	16,8
	2009	40,2	39,5	41,3	16,5	16,5	16,6
	2010	39,2	38,5	40,1	16,2	16,4	16,0
	2011	37,8	37,5	38,2	15,3	15,4	15,1
	2012	37,1	38,8	35,0	13,8	14,5	13,0
	2013	37,4	39,8	34,4	13,8	14,7	12,9
	2014	36,9	39,8	33,2	13,6	14,7	12,5
mit Berufs- ausbildung	2007	47,6	48,6	46,0	62,1	59,3	64,9
	2008	47,4	48,7	45,4	61,2	58,3	64,2
	2009	47,7	49,1	45,7	60,7	57,9	63,5
	2010	48,2	49,6	46,1	60,1	57,4	62,9
	2011	49,1	50,4	47,4	60,2	57,5	63,0
	2012	46,0	45,8	46,3	61,3	58,1	64,5
	2013	45,7	45,1	46,5	61,0	58,0	64,0
	2014	46,0	45,1	47,1	60,5	57,5	63,5
mit (Fach-) Hochschul- ausbildung	2007	10,6	10,0	11,5	21,4	24,6	18,2
	2008	11,3	10,8	12,0	22,1	25,0	19,1
	2009	12,1	11,4	13,1	22,8	25,6	20,0
	2010	12,6	11,8	13,7	23,6	26,2	21,0
	2011	13,1	12,1	14,4	24,5	27,1	21,9
	2012	16,8	15,4	18,7	24,9	27,4	22,4
	2013	16,8	15,1	19,0	25,2	27,2	23,2
	2014	17,1	15,1	19,6	26,0	27,9	24,0

Jeweils 30. September (2011: 30.06., 2012: 31.12.).
 Bezogen auf diejenigen Beschäftigten mit Angaben zur beruflichen Qualifikation.
 Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)


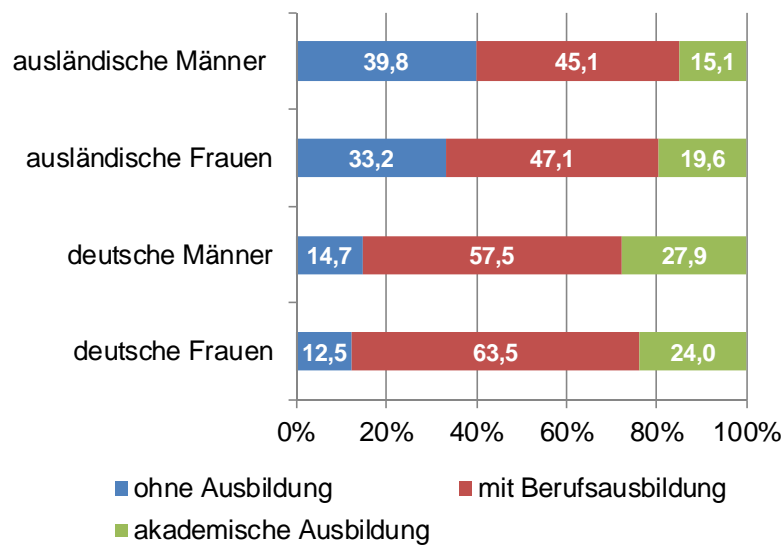


Bild 12:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2014



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Qualifikationsniveau
 der ausländischen Beschäftigten
 steigt*

Nach wie vor unterscheidet sich die bekannte formale berufliche Bildung der deutschen und ausländischen Beschäftigten erheblich voneinander. Fast 40 % der ausländischen Männer und 33 % der ausländischen Frauen haben keine anerkannte Berufsausbildung - bei den deutschen Beschäftigten ist das lediglich bei jeder bzw. jedem Achten der Fall. Positiv ist zu vermerken, dass der Anteil der formal nicht Qualifizierten seit Jahren kontinuierlich sinkt - und die Akademikerquote bei den ausländischen Beschäftigten steigt: von 11 % im Jahr 2007 zu 17 % im Jahr 2014.

A.3.3 Geringfügige Beschäftigung

<i>Definition</i>	Anteil geringfügig Beschäftigter am Wohnort an der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige + geringfügige) insgesamt
<i>Relevanz</i>	Eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung kann als prekäres Arbeitsverhältnis angesehen werden mit negativen Auswirkungen im Hinblick auf Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit und mangelnde soziale Absicherung.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September). Durch eine Revision der Beschäftigtenstatistik von August 2014 mussten Daten früherer Zeitpunkte korrigiert werden.
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Berücksichtigt werden diejenigen Minijobber, die ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung ausüben, nicht diejenigen, die zusätzlich zu einer regulären Beschäftigung einen 450-Euro Job haben.

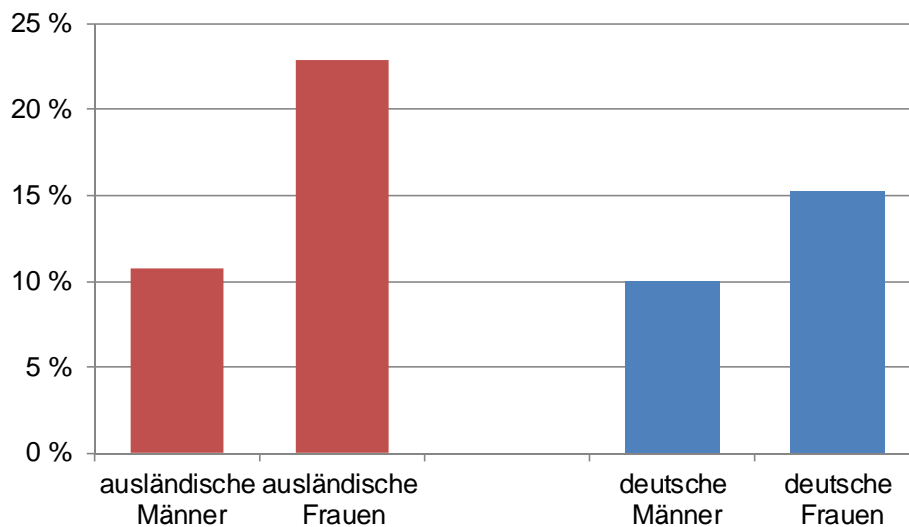
Tab. 13:
Geringfügige Beschäftigung 2007 bis 2014

Jahr	Ausländische Minijobber			Deutsche Minijobber		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,5	10,2	24,2	13,0	9,2	16,5
2008	16,3	9,8	24,1	12,9	9,3	16,2
2009	17,8	11,3	25,3	13,2	9,9	16,3
2010	17,2	11,0	24,5	13,0	9,7	16,1
2011	17,3	10,7	24,7	13,0	9,9	16,0
2012	16,8	10,6	23,6	12,6	9,8	15,3
2013	16,7	10,6	23,6	12,6	9,8	15,2
2014	16,4	10,8	22,9	12,6	10,0	15,2

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 13:
Geringfügige Beschäftigung 2014



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Minijobquote bei ausländischen
Frauen am höchsten*

Ausländer nehmen deutlich häufiger als Deutsche eine geringfügige Beschäftigung auf: Im Jahr 2014 arbeiten 16 % aller ausländischen und 13 % der deutschen Angestellten ausschließlich in einem Minijob. Erfreulicherweise hat sich dieser Anteil bei den Ausländern seit dem Jahr 2011 etwas verringert. In beiden Bevölkerungsgruppen sind vor allem die Frauen lediglich geringfügig beschäftigt - bei den ausländischen Frauen ist es knapp jede Vierte.

A.3.4 Arbeitslosigkeit

<i>Definition</i>	Anteil der registrierten Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)
<i>Relevanz</i>	Eine hohe Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für misslungene Integration in den Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

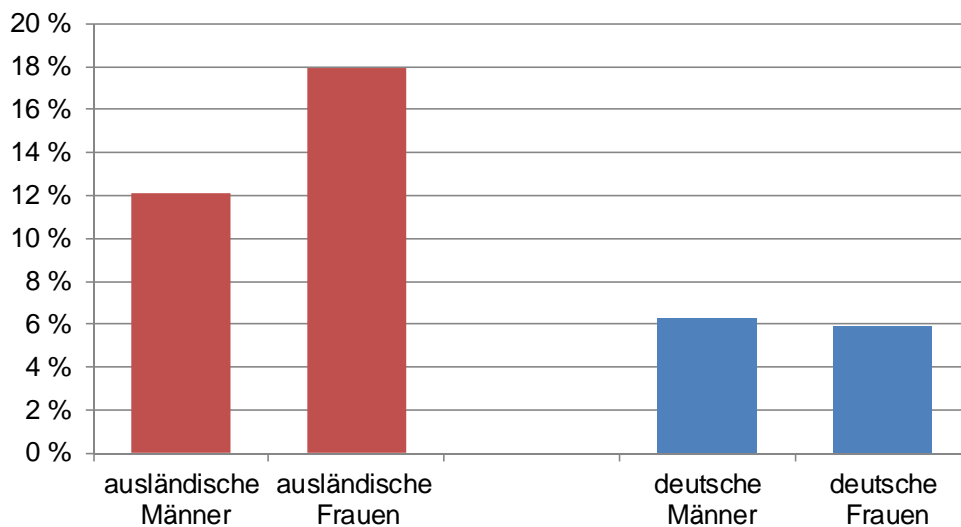
Tab. 14:
Arbeitslosenquoten 2007 bis 2014

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,3	13,0	18,3	6,9	7,0	6,7
2008	13,5	11,2	16,5	6,0	6,0	6,0
2009	15,2	12,9	18,2	6,9	7,1	6,8
2010	14,8	12,3	17,9	6,8	7,0	6,6
2011	13,3	11,1	16,1	5,9	6,1	5,8
2012	13,7	11,6	16,5	6,1	6,3	5,9
2013	13,9	11,7	16,5	6,1	6,4	5,9
2014	14,6	12,1	17,9	6,1	6,3	5,9

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 14:
Arbeitslosenquoten 2014



September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



*Ausländer stärker
von Arbeitslosigkeit betroffen
als Deutsche*

Ausländerinnen und Ausländer sind immer noch mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche - zudem ist die Arbeitslosenquote der Ausländer im vergangenen Jahr gestiegen. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen liegt bei 14,6 %, die der Deutschen beträgt 6,1 %. Eine wesentliche Ursache liegt sicherlich im unterschiedlichen beruflichen Qualifikationsniveau der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Während deutsche Frauen weniger häufig als Arbeitslose registriert sind als deutsche Männer, ist es bei den Ausländerinnen umgekehrt.

A.3.5 Jugendarbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten unter 25-jährigen Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den unter 25-jährigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Wenn Ausländerinnen und Ausländer schon in jungen Jahren keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden, ist das ein besonders prekäres Zeichen nicht gelungener Integration.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2007 bis 2014

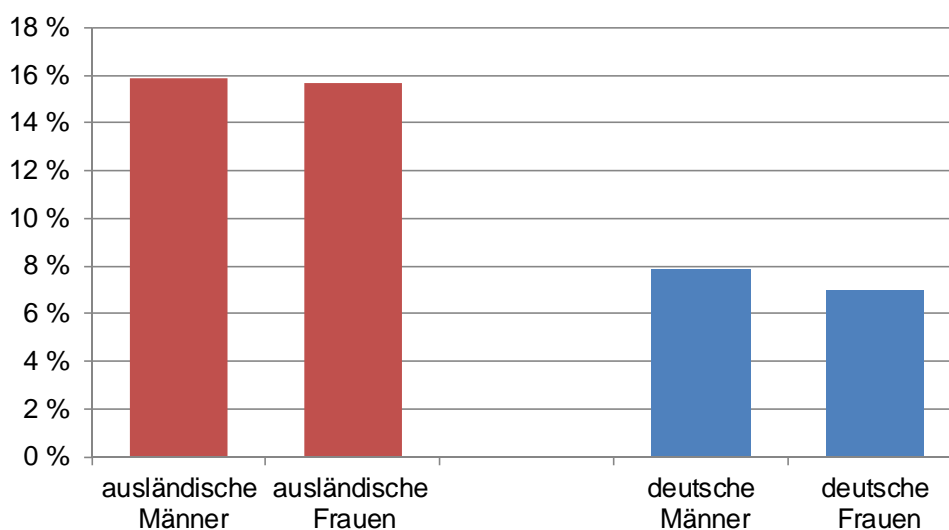
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,9	14,4	17,6	8,5	9,1	7,9
2008	15,1	14,2	16,1	8,4	8,7	8,2
2009	14,1	12,9	15,4	9,2	9,8	8,7
2010	16,2	14,7	17,9	9,1	10,1	8,2
2011	11,9	11,8	12,0	7,6	7,7	7,5
2012	12,6	12,7	12,4	7,5	8,1	6,9
2013	12,8	12,1	13,7	7,6	8,4	6,8
2014	15,8	15,9	15,7	7,4	7,9	7,0

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2014



Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Arbeitslosigkeit ausländischer junger Männer am höchsten

Die Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen Ausländerinnen und Ausländer (15,8 %) liegt über der der jungen Deutschen (7,4 %). Junge ausländische Männer sind dabei aktuell etwas häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Frauen - im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Arbeitslosenquote zudem besonders deutlich gestiegen.

A.3.6 SGB II-Bezugsquote

Definition

Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung

Relevanz

Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten Personen, die entweder langzeitarbeitslos sind oder deren Einkommen unter dem Regelsatz liegt („Aufstocker“). Eine hohe SGB II-Quote ist somit ein Indikator für eine mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt und wird auch allgemein als Armutsrisiko angesehen.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Statistik zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, jeweils September)


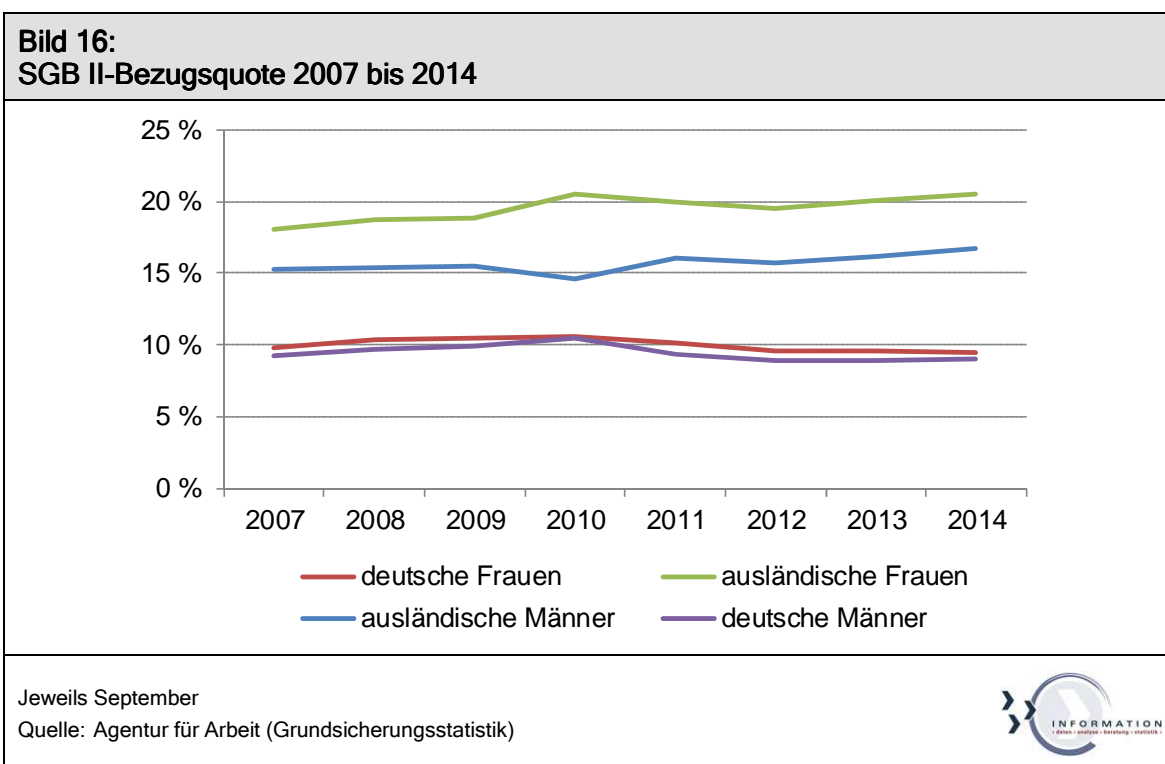
Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

**Tab. 16:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2014**

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	15,2	18,0	9,6	9,3	9,8
2008	17,0	15,4	18,7	10,0	9,6	10,3
2009	17,2	15,5	18,9	10,2	9,9	10,5
2010	17,4	14,6	20,6	10,5	10,4	10,6
2011	18,0	16,0	19,9	9,8	9,4	10,1
2012	17,6	15,7	19,6	9,2	8,9	9,6
2013	18,1	16,1	20,1	9,2	8,8	9,6
2014	18,6	16,7	20,5	9,2	9,0	9,5

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)

Ausländische Frauen am ehesten auf Sozialleistungen angewiesen

Im Jahr 2014 sind 18,6 % aller ausländischen und 9,2 % aller deutschen Wiesbadener im erwerbsfähigen Alter auf SGB II-Leistungen angewiesen. Dabei klappt die Schere immer weiter auseinander: Seit dem Jahr 2010 ist die SGB II-Quote der Deutschen gesunken oder zu-

mindest konstant geblieben, die der Ausländerinnen und Ausländer tendenziell gestiegen. Frauen - insbesondere aber die ausländischen Frauen - sind eher auf staatliche Sozialleistungen angewiesen als Männer.

3.4 Integration in den Wohnungsmarkt

A.4.1 Segregationsindex

Definition

Der Segregationsindex⁶ berechnet sich aus der Summe der absoluten Differenzen zwischen den Anteilen verschiedener Bevölkerungsgruppen in den städtischen Teilgebieten. Im Rahmen des Integrationsmonitorings wird das Ausmaß der *ethnischen* Segregation quantifiziert.

$$\frac{1}{2} \sum_{i=1}^n \left| \frac{a(i)}{A} - \frac{b(i)}{B} \right| \cdot 100$$

mit

$a(i)$ = Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Planungsraum i

A = Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Wiesbaden

$b(i)$ = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Planungsraum i

B = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Wiesbaden

n = Zahl der Planungsräume in Wiesbaden (= 143)

Relevanz

Der Indikator, dessen Wert zwischen 0 und 100 liegt, misst die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Wohngebiete. Je höher der Segregationsindex ist, desto stärker konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb der Stadt. Würden beispielsweise in allen Stadtteilen (Planungsräumen) entweder nur Migranten oder nur Nicht-Migranten leben, so läge der Segregationsindex bei 100. Falls umgekehrt der Migrantenanteil in allen Stadtteilen gleich groß wäre, würde der Index den Wert 0 annehmen.

⁶ DUNCAN, O.D./DUNCAN, B.: Residential Distribution and Occupational Stratification. In: American Journal of Sociology 60 (1955), S. 493 - 503.

Es ist davon auszugehen, dass weniger segregierte Stadtteile oder Nachbarschaften bessere Bedingungen für Kontakt und Begegnung bereitstellen als stärker segregierte Stadtteile. Letztlich gibt der Segregationsindex Hinweise auf Kontaktchancen, lässt aber keine Rückschlüsse auf die Existenz von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen
(jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise

Der Indexwert kann interpretiert werden als das Ausmaß in Prozent, in dem die Mitglieder einer der betrachteten Teilgruppen umziehen müssten, um eine Gleichverteilung über alle städtischen Teilgebiete (hier: Planungsräume) zu erreichen.

**Tab. 17:
Segregationsindex der Bevölkerung
mit Migrationshintergrund 2004 bis 2014**

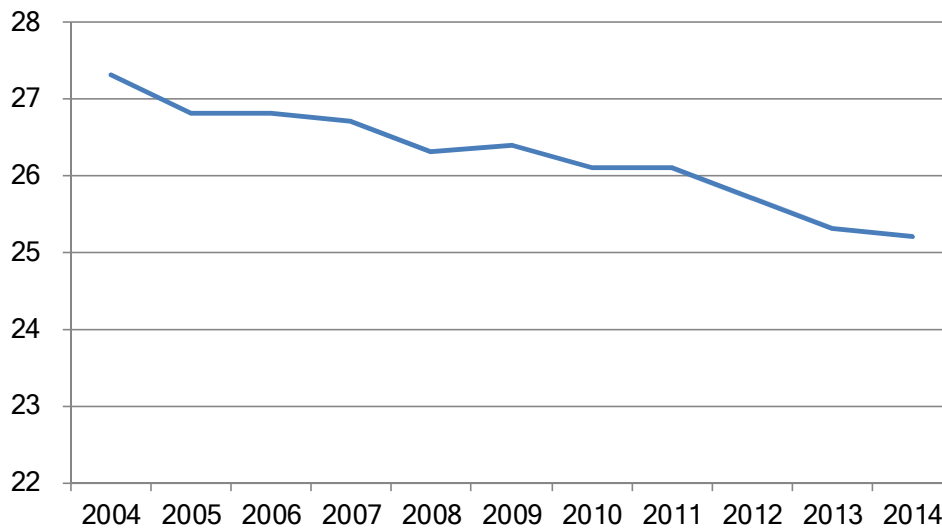
Jahr	Segregationsindex
2004	27,3
2005	26,8
2006	26,8
2007	26,7
2008	26,3
2009	26,4
2010	26,1
2011	26,1
2012	25,7
2013	25,3
2014	25,2

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen,
eigene Berechnungen



Bild 17:
Segregationsindex der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2004 bis 2014



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, eigene Berechnungen



Tendenz sinkend

Im Beobachtungszeitraum ist eine leicht rückläufige Tendenz auszumachen. Das heißt: Die räumliche Konzentration der Migranten auf einzelne Stadtteile hat geringfügig abgenommen. Aber noch immer müsste - rein rechnerisch - mehr als ein Viertel der Migrantenbevölkerung (oder alternativ: der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) in einen anderen Planungsraum umziehen, um eine Gleichverteilung innerhalb der Stadt herzustellen.

A.4.2 Wohnungseigentümerquote

<i>Definition</i>	Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum an allen Haushalten
<i>Relevanz</i>	Die Eigentümerquote misst die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt. Sie gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung.
<i>Datenquelle</i>	Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement (jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund
<i>Methodische Hinweise</i>	Betrachtet werden Haushalte, in denen ausschließlich Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund leben. „Gemischte“ Haushalte werden nicht berücksichtigt.

Tab. 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2014

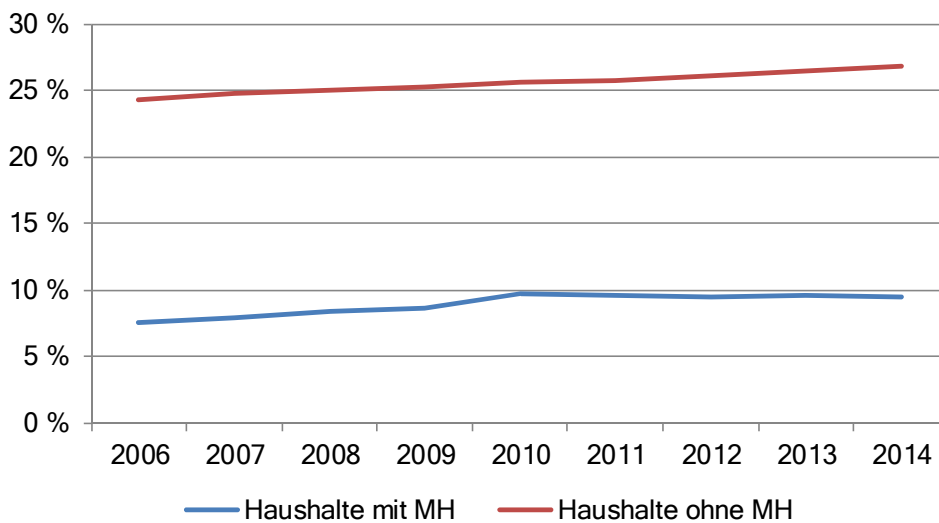
Jahr	Eigentümerquote von Haushalten	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	%	%
2006	7,6	24,3
2007	8,0	24,8
2008	8,4	25,1
2009	8,6	25,3
2010	9,7	25,7
2011	9,6	25,8
2012	9,6	26,2
2013	9,6	26,5
2014	9,5	26,9

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement



Bild 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2014



MH = Migrationshintergrund

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement



*Nur wenige Migranten leben in
den eigenen vier Wänden*

Im Beobachtungszeitraum lässt sich insgesamt ein leichter Anstieg der Eigentümerquoten feststellen; bei Migranten stagniert die Quote allerdings seit 2010. Aktuell erreicht der Anteil der Haushalte, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, bei Migranten 9,5 % und liegt damit nicht einmal halb so hoch wie bei Einheimischen (26,9 %).

4 Indikatoren zur kulturellen Integration

B.1 Spracherwerb

Definition

Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen.

Relevanz

Der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten kommt für die kulturelle Integration eine Schlüsselrolle zu. Von den Sprachkenntnissen hängt der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ab. Unzureichende Sprachkenntnisse dagegen schränken die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten ein. Umso entscheidender ist eine frühzeitige Beherrschung der deutschen Sprache und - wenn es daran mangelt - eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Methodische Hinweise

Der Befund wird nur bei Kindern mit Migrationshintergrund erhoben. Der Indikator entstammt dem ursprünglich von nordrhein-westfälischen Gesundheitsbehörden entwickelten und eingesetzten „Screening des Entwicklungsstandes bei Einschulungsuntersuchungen“ (S-ENS) sowie dem Nachfolgeverfahren SOPESS („Sozialpädiatrisches Entwicklungsscreening für Schuleingangsuntersuchungen“). Die Deutschkenntnisse werden auf einer fünfstufigen Skala beurteilt.

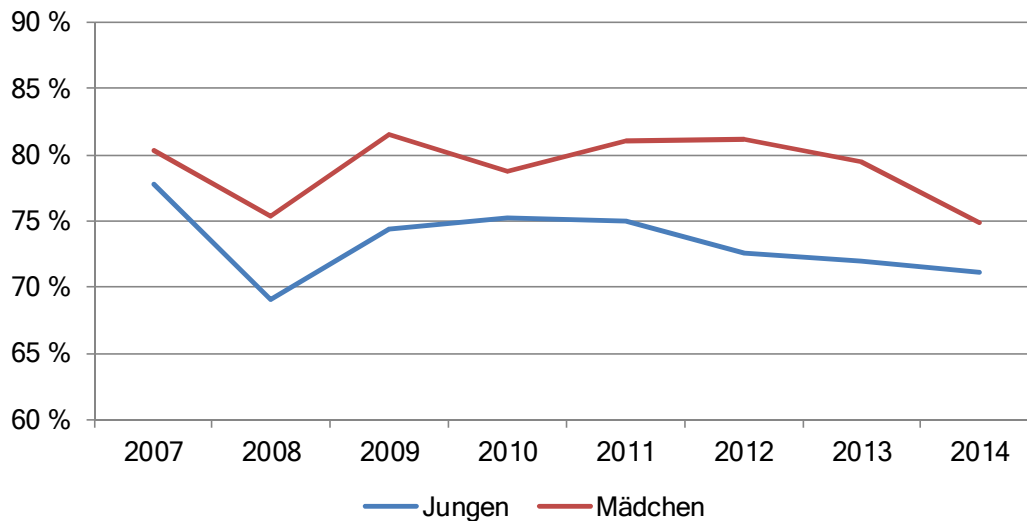
Tab. 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen
	%		
2007	78,9	77,8	80,3
2008	72,0	69,0	75,3
2009	77,9	74,4	81,5
2010	76,8	75,2	78,7
2011	77,7	75,0	81,0
2012	76,7	72,6	81,2
2013	75,6	72,0	79,4
2014	73,0	71,1	74,9

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Drei von vier Schulanfängern
 ausländischer Herkunft sprechen
 fehlerfrei oder mit leichten
 Fehlern Deutsch*

Bei der letzten Schuleingangsuntersuchung wurde festgestellt, dass in Wiesbaden 73 % der Kinder ausländischer Herkunft Deutsch fehlerfrei oder mit nur leichten Fehlern sprechen. Seit 2011 hat sich der Wert kontinuierlich verschlechtert, was überwiegend auf den verstärkten Neu-Zuzug von Migrantenfamilien zurückzuführen ist. Mädchen zeigen seit Jahren deutlich bessere Sprachfähigkeiten als Jungen.

B.2 Gesundheit / Übergewicht

Definition

Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Relevanz

Der Gesundheitszustand ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage und hat Einfluss auf zahlreiche andere Bereiche. Die Prävalenz von Übergewicht indiziert ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, denn übergewichtige Kinder leiden vermehrt an orthopädischen Beschwerden und weisen motorische Defizite auf.

Ein Zusammenhang zwischen Übergewicht und Migrationshintergrund ist aufschlussreich für die Ausrichtung

von Präventionsmaßnahmen. Unterschiede können - neben dem Sozialstatus - auf das kulturell geprägte Ess- und Freizeitverhalten zurückgeführt werden.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Methodische Hinweise

Grundlage für die Diagnose von Übergewicht bei Kindern sind die alters- und geschlechtsspezifischen Referenzwerte für den Body-Mass-Index.⁷

⁷ Kromeyer-Hauschild, K. und andere (2001): Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. Monatsschrift Kinderheilkunde, S. 807 - 818.

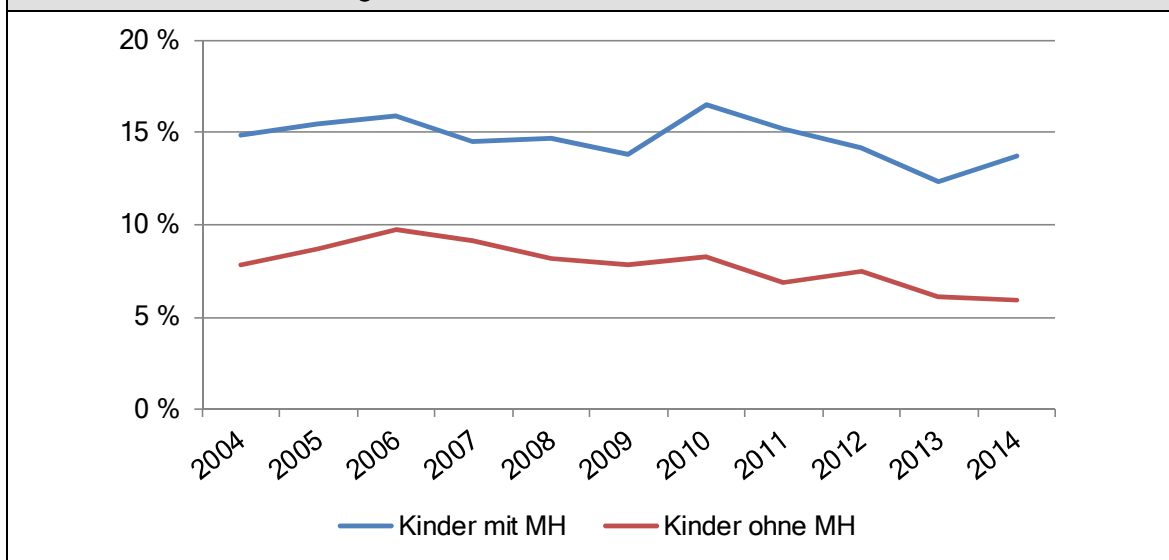
Tab. 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4
2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7
2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5
2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8
2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2
2009	13,8	12,4	15,1	7,8	7,7	8,0
2010	16,5	18,0	14,8	8,3	8,1	8,5
2011	15,2	17,0	13,1	6,9	6,1	7,8
2012	14,2	15,4	12,9	7,5	7,3	7,7
2013	12,3	11,7	13,0	6,1	4,8	7,7
2014	13,7	15,1	12,2	5,9	6,1	5,8

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Kinder ausländischer Herkunft
häufiger zu dick*

Während der Anteil übergewichtiger Schulanfänger bei Kindern deutscher Eltern 2014 niedriger war als in den zehn Jahren zuvor, hat er sich bei Kindern mit ausländischen Wurzeln wieder etwas erhöht. Nach wie vor wurde der Befund „Übergewicht“ bei Kindern ausländischer Herkunft etwa doppelt so häufig erhoben wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund.

5 Indikatoren zur sozialen Integration

C.1.1 Langer Aufenthalt in Deutschland

Definition

Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren in Deutschland an allen Ausländern

Relevanz

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer geht in der Regel eine zunehmende Vertrautheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland und damit eine große Chance zur sozialen Integration einher.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Die Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

**Tab. 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2004 bis 2014**

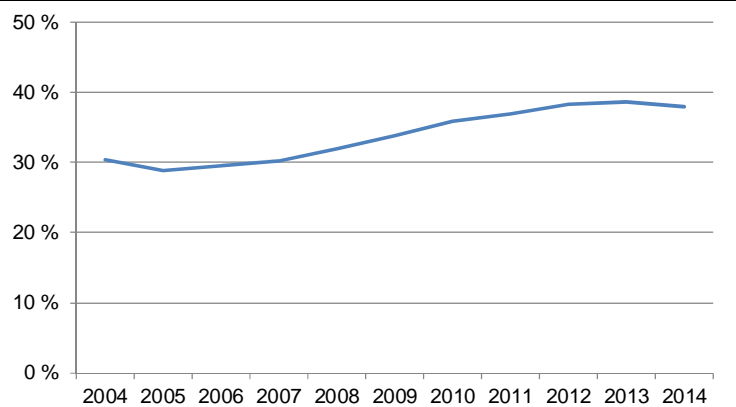
Jahr	Anteil langer Aufenthalt in Deutschland (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	30,4	31,8	28,8
2005	28,9	30,5	27,4
2006	29,5	30,9	28,1
2007	30,2	31,4	29,0
2008	31,9	33,0	30,8
2009	33,8	34,9	32,6
2010	35,9	37,3	34,5
2011	36,9	38,1	35,7
2012	38,3	39,4	37,2
2013	38,6	39,5	37,8
2014	37,9	38,2	37,6

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



**Bild 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2004 bis 2014**



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Anteil der Ausländer
mit langer Aufenthaltsdauer hat
den Höhepunkt überschritten*

Fast 40 % aller in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind bereits seit 20 oder mehr Jahren in Deutschland. Seit dem Jahr 2005 war dieser Anteil kontinuierlich angestiegen, erst im letzten Jahr ging er - korrespondierend mit höheren Zuwanderungszahlen - leicht zurück. Gleichzeitig verringerte sich der Unterschied hinsichtlich der Aufenthaltsdauer zwischen Männern und Frauen.

C.1.2 In Deutschland Geborene

Definition

Anteil der in Deutschland geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Migranten

Relevanz

Es ist unstrittig, dass die Integrationschancen mit dem Erwerb der deutschen Sprache und einer erfolgreichen Teilnahme am deutschen Schul- und Ausbildungssystem steigen. Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind, haben/hatten die Möglichkeit ihre komplette schulische und berufliche Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

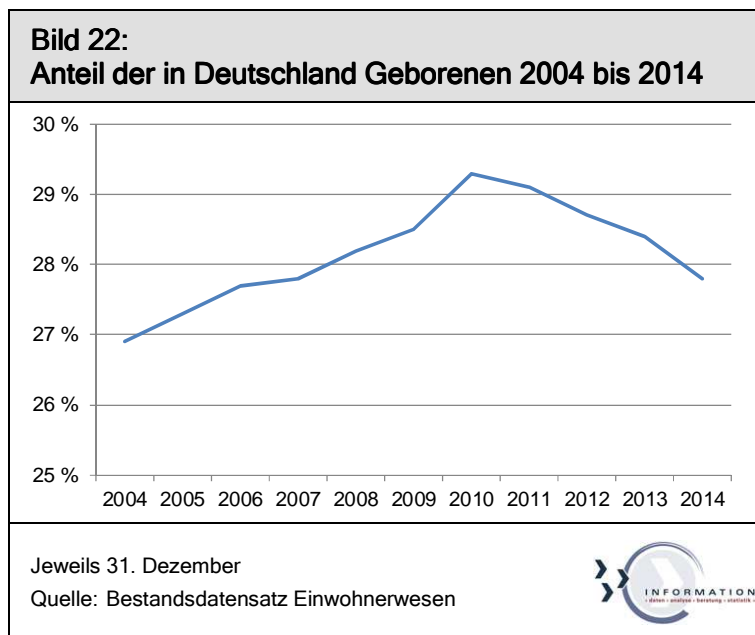
Tab. 22:
Anteil der in Deutschland Geborenen 2004 bis 2014

Jahr	Anteil der in Deutschland Geborenen (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	26,9	27,4	26,3
2005	27,3	28,0	26,5
2006	27,7	28,5	27,0
2007	27,8	28,6	26,9
2008	28,2	29,0	27,3
2009	28,5	29,5	27,5
2010	29,3	30,4	28,2
2011	29,1	30,1	28,1
2012	28,7	29,6	27,7
2013	28,4	29,3	27,5
2014	27,8	28,6	27,0

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen





*Wieder leichter Rückgang
des Anteils in Deutschland
Geborener*

27,8 % der Wiesbadener mit Migrationshintergrund sind in Deutschland zur Welt gekommen. Von 2003 bis 2010 hat sich dieser Anteil stetig erhöht, seit 2010 sinkt er wieder, bedingt durch eine verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland.

C.2.1 Einheiratsquote

Definition

Anteil der eheschließenden Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten.

Relevanz

Die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen gilt als Maßstab dafür, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingliedert haben.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

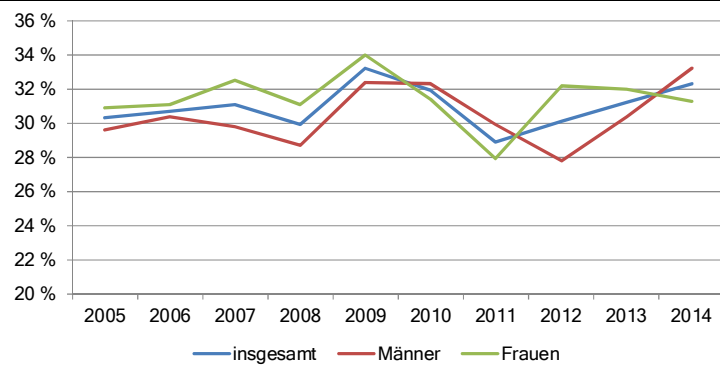
**Tab. 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2014**

Jahr	Einheiratsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	30,3	29,6	30,9
2006	30,7	30,4	31,1
2007	31,1	29,8	32,5
2008	29,9	28,7	31,1
2009	33,2	32,4	34,0
2010	31,9	32,3	31,4
2011	28,9	29,9	27,9
2012	30,1	27,8	32,2
2013	31,2	30,4	32,0
2014	32,3	33,2	31,3

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



**Bild 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2014**



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Knapp ein Drittel
der Migrant/-innen
heiraten Einheimische*

Die Einheiratsquote lag in den letzten Jahren um 30 %, d. h. rund drei von zehn Personen ausländischer Herkunft, die heirateten, schlossen die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. In der Mehrzahl der Jahre überstieg die Quote der Frauen ausländischer Herkunft die der Männer - eine klare Tendenz ist aber nicht zu erkennen.

C.2.2 Einreise zur Eheschließung

Definition

Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund

Relevanz

Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, gelten als ein Integrationshemmnis: Wenn Zuwanderer ihre Ehepartner in den Herkunftsgesellschaften suchen, besteht das Risiko, dass sich die aus dem Ausland nachziehenden Ehegatten erst integrieren müssen und dass die aus diesen Ehen hervorgehenden Kinder in einem vom Herkunftsland geprägten Haushalt aufwachsen.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

Methodische Hinweise

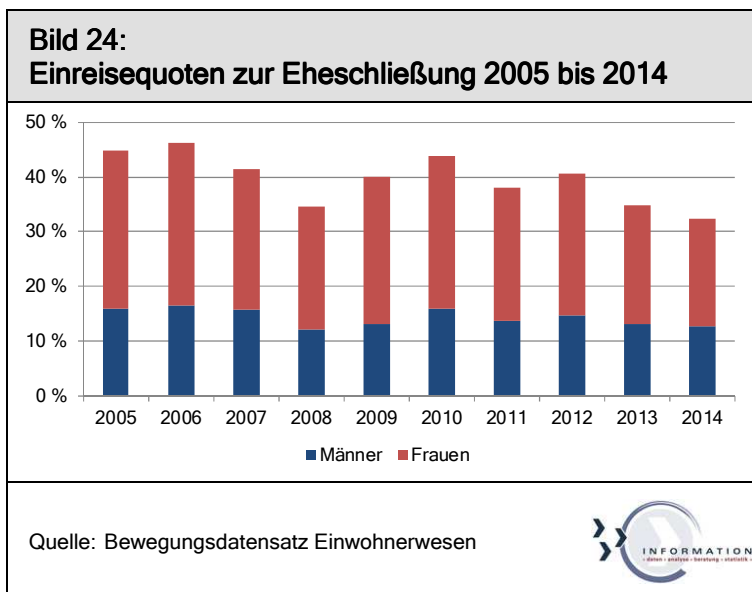
Die Tatsache, dass ein Ehepartner bis zur Hochzeit noch im Ausland lebt, sagt nichts darüber aus, ob es sich um eine arrangierte Eheanbahnung oder gar um eine Zwangsverheiratung handelt. Derartige Sachverhalte lassen sich anhand der Bevölkerungsstatistik nicht abbilden.

Tab. 24:
Einreise zur Eheschließung 2005 bis 2014

Jahr	Einreisequote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	44,8	15,9	28,9
2006	46,2	16,5	29,7
2007	41,4	15,8	25,6
2008	34,7	12,1	22,6
2009	40,0	13,2	26,8
2010	43,8	16,0	27,8
2011	38,0	13,8	24,3
2012	40,7	14,8	25,9
2013	34,8	13,2	21,6
2014	32,3	12,8	19,5

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen





*Partnersuche im Herkunftsland
bei jeder dritten Ehe*

Im vergangenen Jahr hatte bei 32,3 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In zwei Dritteln der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau. Die letzten drei Jahre lassen bei beiden Geschlechtern einen rückläufigen Trend erkennen.

C.2.3 Haushalte gemischter Herkunft

Definition

Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten

Relevanz

Der Indikator misst die Häufigkeit des Zusammenlebens von Migranten mit Einheimischen und damit die soziale Integration in die Privatsphären der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 25:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten (in %)

Jahr	Anteil gemischter Haushalte
2004	7,6
2005	7,6
2006	7,6
2007	7,7
2008	7,8
2009	8,0
2010	8,3
2011	8,5
2012	8,6
2013	8,8
2014	9,0

Jeweils 31. Dezember.
 Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen,
 Haushaltgenerierung


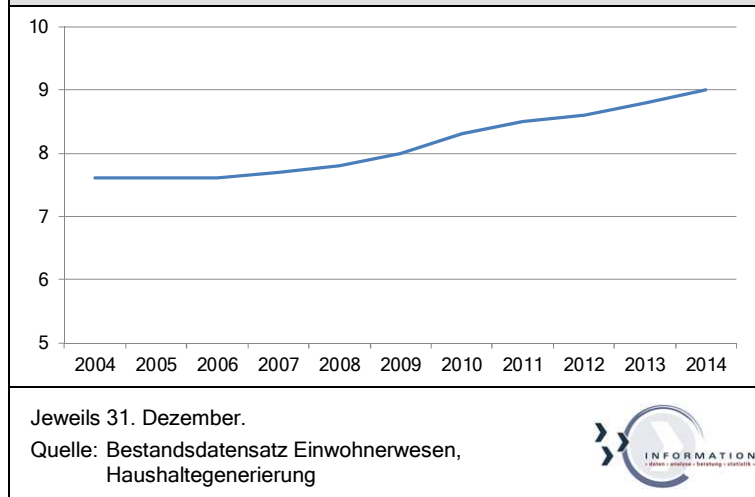


Bild 25:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten (in %)



*Jeder elfte Haushalt
 gemischt-ethnisch*

Derzeit leben in 9 % aller Wiesbadener Haushalte Personen mit und ohne Migrationshintergrund - seit 2007 mit steigender Tendenz.

6 Indikatoren zur identifikatorischen Integration


D.1 Einbürgerungsquote

<i>Definition</i>	Quotient aus der jährlichen Zahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Einbürgerungsanspruch; insgesamt und differenziert nach Geschlecht
<i>Relevanz</i>	<p>Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration oder sogar als Abschluss gelungener Integration angesehen werden. Erst die Einbürgerung vermittelt alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden.</p> <p>Durch den Bezug auf die Einbürgerungsberechtigten zeigt der Indikator, inwieweit das Einbürgerungspotential ausgeschöpft wird.</p>
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik); Ausländerbehörde (LaDiVA)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit
<i>Methodische Hinweise</i>	<p>Bei der Berechnung des Indikators werden nur die sogenannten Anspruchseinbürgerungen nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz gezählt, nicht aber die Ermessenseinbürgerungen.</p> <p>Bezugsgröße ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger. Ob weitere rechtliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind (z. B. Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse oder Straffreiheit), kann hier nicht berücksichtigt werden.</p>

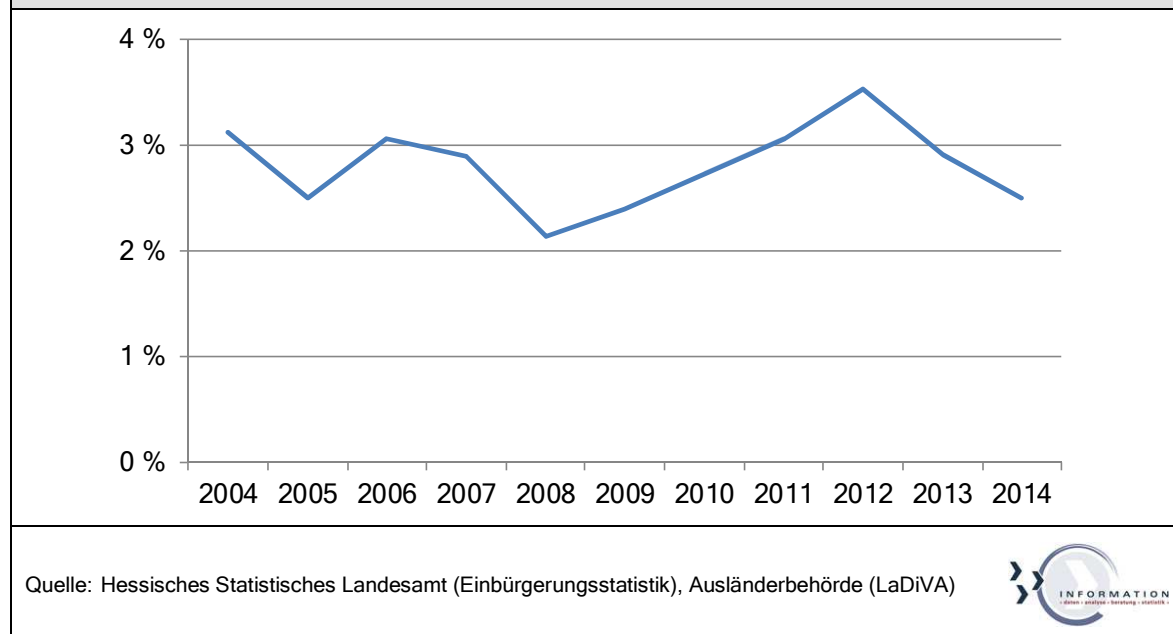
**Tab. 26:
Einbürgerungsquote 2004 bis 2014**

Jahr	Einbürgerungsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	3,1	2,8	3,4
2005	2,5	2,5	2,5
2006	3,1	3,2	2,9
2007	2,9	3,0	2,7
2008	2,1	2,3	2,0
2009	2,4	2,4	2,4
2010	2,7	2,8	2,6
2011	3,1	3,1	3,0
2012	3,5	3,4	3,6
2013	2,9	2,7	3,2
2014	2,5	2,4	2,6

Nur Anspruchseinbürgerungen.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



**Bild 26:
Einbürgerungsquote 2004 bis 2014**



*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

In den letzten zehn Jahren bewegte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, zwischen zwei und vier Prozent pro Jahr und damit auf insgesamt niedrigem Niveau. Offensichtlich sind die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels aus Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer begrenzt. Besonders gering ist der Anreiz für EU-Bürger, da sie rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind.

7 Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“

*Umfrage liefert Informationen
über Einstellungen und Bewer-
tungen zur Integration*

Ziel der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“, die im September 2014 vom Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik durchgeführt wurde, war es, Informationen über die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger, ihre Meinungen, Problemwahrnehmungen sowie ihr Verhältnis zur Stadt zu erhalten - insbesondere zu eher „subjektiven“ Bewertungen, zu denen ansonsten keine Datenquellen existieren. Einer der Themenschwerpunkte war die Integration; gefragt wurde unter anderem nach den sozialen Kontakten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, nach der Bewertung des Zusammenlebens, nach dem Stellenwert von Integration als gesellschaftlicher Aufgabe sowie nach der Verbundenheit mit Wiesbaden.


An der Befragung beteiligten sich rund 3 000 Wiesbaderinnen und Wiesbadener, darunter 21 % mit Migrationshintergrund. Die Umfrage soll künftig alle zwei Jahre in vergleichbarer Form wiederholt werden, so dass die daraus gewonnenen Informationen auch als längerfristige Trendbeobachtung in das Integrationsmonitoring aufgenommen werden können.⁸

⁸ Für eine detaillierte Beschreibung des Erhebungskonzepts vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: Leben in Wiesbaden 2014. Wahrnehmung und Bewertung Wiesbadens. Stadtanalyse Nr. 70, März 2015.

Tab. 27:
Ausgewählte Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden 2014“

	Befragte					
	ohne Migrationshintergrund			mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
Anteil der Personen ohne MH, die Kontakte zu Personen mit MH haben....						
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	21,5	21,3	21,9	x	x	x
am Arbeitsplatz	50,2	52,3	48,8	x	x	x
in der Nachbarschaft	52,5	56,2	49,4	x	x	x
im sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis	59,3	61,7	57,4	x	x	x
Anteil der Personen mit MH, die Kontakte zu Personen ohne MH haben....						
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	x	x	x	63,1	63,4	63,4
am Arbeitsplatz	x	x	x	68,3	73,1	65,1
in der Nachbarschaft	x	x	x	75,8	73,9	77,6
im sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis	x	x	x	80,6	81,7	80,1
Anteil der Befragten, die das nachbarschaftliche Zusammenleben zwischen Menschen mit und ohne MH in ihrer Wohngegend als „gut“ oder „sehr gut“ beurteilen	63,5	63,0	63,9	77,4	77,2	77,3
Anteil der Befragten, die die Integration von Migranten als vordringliche Aufgabe ansehen	50,2	49,1	51,5	55,6	51,5	59,7
Anteil der Befragten, die gern in Wiesbaden leben	81,6	83,1	80,3	81,8	86,2	78,4
Anteil der Befragten, die sich (stark) verbunden fühlen mit ...						
ihrem Stadtteil	71,6	70,5	72,5	71,8	71,6	72,4
der Stadt Wiesbaden	77,7	79,5	76,3	79,0	82,1	76,4
dem Land Hessen	59,3	60,8	58,1	57,2	59,3	55,4

MH = Migrationshintergrund
Quelle: Bürgerumfrage Leben in Wiesbaden 2014



*Soziale Kontakte finden im
Freundes- und
Bekanntenkreis statt*

Die meisten sozialen Kontakte zwischen Wiesbadenern mit und ohne Migrationshintergrund finden im Freundes- und Bekanntenkreis statt. So haben 60 % der befragten Nichtmigranten Freunde und Bekannte mit ausländischer Herkunft und 80 % der befragten Migranten deutschstämmige Freunde. Demgegenüber ist eine Begegnung in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft deutlich seltener. Gut 20 % der befragten Wiesbadener ohne Migrationshintergrund haben Migranten in der Familie und 63 % der befragten Migranten haben ein deutschstämmiges Familienmitglied. Tendenziell haben befragte Männer - mit und ohne Migrationshintergrund - häufiger Kontakt zur jeweils anderen Gruppe als Frauen.

Migranten beurteilen das nachbarschaftliche Verhältnis positiver als „Nichtmigranten“ ...

Im Rahmen der Befragung „Leben in Wiesbaden 2014“ konnte auch das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund beurteilt werden. Migranten sind hier in ihrem Urteil deutlich positiver als Befragte deutscher Herkunft: 77 % der Wiesbadener mit und 64 % der Befragten ohne Migrationshintergrund halten das nachbarschaftliche Verhältnis für gut oder sehr gut.

... und sehen mehrheitlich in der Integration von Migranten eine vordringliche Aufgabe

Die Integration von Migranten bewerten Befragte mit Migrationshintergrund eher als eine vordringliche Aufgabe als Nichtmigranten (56 % zu 50 %), insbesondere Frauen mit ausländischer Herkunft sehen hier Handlungsbedarf.

In der Verbundenheit zu Wiesbaden zeigen sich kaum Unterschiede

Befragte mit und ohne Migrationshintergrund leben gleich gerne in Wiesbaden (jeweils zu 82 %) und auch im Hinblick auf die Verbundenheit sowohl zur Stadt Wiesbaden als auch zu ihrem Stadtteil lassen sich kaum Unterschiede zwischen beiden Gruppen ausmachen.

8 Konsequenzen für die Integrationsarbeit aus Sicht der Fachverwaltung

Zusammenfassung und Kommentar zum Integrationsmonitoring 2015 aus Sicht der Integrationsabteilung des Amtes für Zuwanderung und Integration

Vorrangiges Ziel des Integrationsmonitorings ist es, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Das Integrationsmonitoring gibt Hinweise darauf, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind, entwickelt hat. Da die Integration von Zuwanderern ein äußerst vielschichtiger Prozess ist, können mit dem Integrationsmonitoring unter dieser Einschränkung nur Teilbereiche erfasst werden. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Monitoring alleine keine Wirkungsmessung der Integrationsmaßnahmen erfolgen kann.

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring bildete beim Prozess der zweiten Fortschreibung des Wiesbadener Integrationskonzeptes für die Jahre 2015-2019 eine wesentliche Grundlage für die Festlegung der integrationspolitischen Schwerpunkte. Ergänzt wurden die Beobachtungen aus dem Monitoring durch das umfangreiche und detaillierte Experten- und Erfahrungswissen von (semi-)professionellen Akteuren sowie aktuellen wissenschaftlichen Erhebungen und Diskussionen.

Im Folgenden werden die integrationspolitischen Folgerungen aus dem vorgelegten Monitoringbericht 2015 und deren Bearbeitung aus Sicht der Integrationsabteilung im Amt für Zuwanderung und Integration vorgestellt.

Das Integrationsmonitoring 2015 gibt Hinweise auf erzielte Integrationserfolge, zeigt aber auch Handlungsbedarf auf

Die Zahl der Migrantinnen und Migranten ist seit den ersten Monitoringerhebungen kontinuierlich angestiegen. Fast die Hälfte der in Wiesbaden lebenden Migranten gehört zu der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund. Gemeinsam mit dem hohen Anteil der ausländischen Bevölkerung, der einen sicheren Aufenthaltsstatus (78,8 %) besitzt und dem mit 46 % überproportional hohen Anteil von Migranten unter 18 Jahren, kann von guten und teilweise bereits realisierten Integrationschancen, insbesondere bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen, ausgegangen werden. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die mit der Zuwanderung einhergehende kulturelle Vielfalt in Wiesbaden dauerhaft etablieren wird.

In 2014 wurde der höchste Zuwachs an aus dem Ausland zugewanderten Personen in den letzten 5 Jahren registriert. Knapp 2/3 dieser Personen (62,9 %) kamen aus einem der Europäischen Union zugehörigen Land, vor allem aus den (süd)osteuropäischen Staaten, sind überwiegend männlich (62,3 %) und im erwerbsfähigen Alter (80 % zwischen 18 und 65 Jahren). Um eine möglichst schnelle und gelingende Integration für die Gruppe der Neuzuwanderer zu erreichen, sind im vergangenen Jahr bereits Maßnahmen und Projekte in den jeweiligen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes entwickelt und teilweise umgesetzt worden. Diese werden im Folgenden bei den jeweiligen Handlungsfeldern beschrieben.

Die stark angewachsene Zahl der Neuzuwanderungen erfordert Maßnahmen und Programme, um eine möglichst schnelle und gelingende Integration zu ermöglichen

Handlungsfeldübergreifend wird derzeit intensiv an der Umsetzung des Konzeptes „Integration auf Kurs“ weitergearbeitet, das unter anderem die Entwicklung und den Einsatz von Informationseinheiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zahlreichen Integrationskurse in Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Wiesbadener Integrationskursträgern vorsieht. Teil des Konzeptes „Integration auf Kurs“ war ein Wegweiser für Neuzuwanderer, der die notwendigen Informationen in kompakter schriftlicher Form vorsieht und durch audiovisuelle Elemente ergänzen wird. Der Wegweiser wird ab September 2015 in den Ortsverwaltungen, dem Bürgerbüro und der Ausländerbehörde allen Neuzugewanderten ausgehändigt und in den Integrationskursen als Teil des Orientierungsmoduls zum Einsatz kommen.

Neben dem weiteren Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung sind die entwickelten Sprachförderangebote für neuzugewanderte Kinder, die (noch) keinen Platz in der Elementarbetreuung haben, abzusichern

Handlungsfeld Bildung

Bereits realisierte Integrationschancen werden beispielhaft am seit 2003 bis 2011 steigenden Anteil der Kinder deutlich, die bei ihrer Einschulung mindestens 18 Monate einen Kindergarten besucht haben. Der leichte Rückgang dieser Quote in den letzten drei Jahren weist neben dem Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung allerdings auf weitere Notwendigkeiten im integrationspolitischen Handeln hin.

Für die Gruppe der neuzugewanderten Eltern sind die Zugänge zur Tagesbetreuung durch gezielte Information über diese Möglichkeiten, z. B. durch den im September 2015 erschienen Wegweiser, zu verbessern.

Für die Kinder, die vor der Einschulung keinen oder nur einen kurzzeitigen Platz in der frühkindlichen Tagesbetreuung erhalten, wurden 2014 in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung durch das hessische Ministerium für Soziales und Integration pilothaft an zwei Standorten Sprachfördergruppen eingerichtet. Die Ergebnisse haben zur Fortführung in 2015 geführt.

*Fördermaßnahmen für
schulische Seiteneinsteiger*

Zur Nutzung der Potentiale schulischer Seiteneinsteiger an weiterführenden Schulen und der Sicherung des schulischen oder beruflichen Ausbildungswegs hat sich die in den letzten beiden Schuljahren begonnene Unterstützung von Schülern der Deutschintensivklassen durch ergänzende Sprachcafés als erfolgversprechender Ansatz zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung erwiesen. Dies gilt insbesondere für Seiteneinsteiger ab der 8. Klasse. Ab dem Schuljahr 2015/2016 werden die Sprachcafés an allen Schulstandorten mit Deutschintensivklassen durchgeführt.

Für die Teilgruppe der nicht mehr schulpflichtigen Flüchtlinge im Jugendalter, die aufgrund ihres rechtlichen Aufenthaltsstatus keine Berechtigung zum Besuch eines (Jugend-)integrationskurses haben, sind auf kommunaler Ebene noch geeignete Maßnahmen zum Spracherwerb und Übergang in den Beruf oder weitergehende Ausbildungen zu entwickeln.

*Die Integration in das
Bildungssystem und den
Arbeitsmarkt von insbesondere
männlichen jugendlichen
Migranten bleibt ein integri-
onspolitisches Dauerthema*

Der immer noch deutliche Abstand beim Besuch eines Gymnasiums von Kindern mit zu den Kindern ohne Migrationshintergrund sowie der deutlich erhöhte Anteil der ausländischen Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag sind bei allen tendenziellen Verbesserungen Hinweise auf bisher noch nicht gelöste Schwierigkeiten der strukturellen Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt und eine für alle beteiligten Akteure weiterhin bestehende Herausforderung, denen auf kommunaler Ebene mit der Gründung des Wiesbadener Netzwerks „Übergang Kindertagesstätte zur Schule“, dem Ausbau der Betreuenden Grundschule und der Schulsozialarbeit, der Erweiterung des Ganztagschulprogramms und dem Ausbau von Förderprogrammen an Schulen und durch Informationen für Eltern im Rahmen von Elternbildungsmaßnahmen, u. a. „Fit für die Schule“, begegnet wird.

Zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung von Seiteneinsteigern in weiterführenden Schulen sind inzwischen an allen Schulen mit Deutschintensivklassen Sprachcafés als freiwillige Angebote eingerichtet worden.

Handlungsfeld Arbeit

Nachhaltige und gleichberechtigte Teilhabe ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Integration. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird davon abhängen, ob es gelingt, die „zugewanderten“ Fähigkeiten und Kompetenzen anzuerkennen und zu nutzen. Sprachliche und berufliche Qualifizierung sind dabei Schlüsselemente.

Sowohl der hohe Anteil an Beschäftigten ohne (anerkannte) Berufsausbildung als auch die erhöhte Arbeitslosenquote erfordern verstärkte Anstrengungen insbesondere bei den unter 25-Jährigen und ausländischen Mädchen und Frauen

Obwohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigtenquote ausländischer Frauen in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen ist, liegt sie weiterhin auf einem besonders geringen Niveau und insbesondere ausländische Frauen im erwerbsfähigen Alter sind auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Der Anteil der ausländischen Frauen, die lediglich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, liegt mit 22,9 % dagegen recht hoch.

Sonderprogramme im Rahmen SGB II und ...

Im Rechtskreis des SGB II wurden in den letzten Jahren durch das kommunale Jobcenter bereits umfangreiche Anstrengungen unternommen, die Eingliederung in Erwerbsarbeit zu verbessern.

... die schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen in Verbindung mit ...

Es ist gelungen, die seit 2010 beim Amt für Zuwanderung und Integration pilothaft aufgebaute Erstberatungsstelle für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen ab 2015 bis 2020 im Rahmen des Bundesprogramms Integration durch Qualifizierung (IQ) finanziell abzusichern. Verbunden mit der Anerkennungsberatung sind im Rahmen des Programms IQ Schnittstellen zur anschließenden Qualifizierungsberatung und zu Qualifizierungsträgern. Ziel der Kooperationen ist es, nach Erhalt des jeweiligen Anerkennungsbescheides eine schnelle Qualifizierung zur Anerkennung des jeweiligen Abschlusses zu erreichen. Für Frauen besteht eine weitere Schnittstelle zu dem von der Integrationsabteilung und dem Amt für Wirtschaft und Beschäftigung geförderten Programm „Kompetenzen als Chance - Neue Berufswege für qualifizierte Migrantinnen“.

speziellen Förderprogrammen und ...

*... einer Motivationskampagne
sind Konsequenzen aus den
vorliegenden Monitoringdaten*

Gemeinsam mit dem Amt für Soziale Arbeit und der Arbeitsagentur Wiesbaden startete im Herbst 2014 eine bis Ende 2018 angelegte umfangreiche Motivationskampagne zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Migrantinnen (Film und Broschüre).

Obwohl ein Großteil der zugewanderten Personen entweder den Anspruch oder die Berechtigung auf den Besuch eines Integrationskurses als Möglichkeit zum Erwerb der deutschen Sprache nutzt, sind die im Integrationskurs erworbenen Sprachkenntnisse im beruflichen Kontext in der Regel nicht ausreichend. Notwendig wäre hier eine bundesweite Regelung zur Fortführung hin zum Sprachniveau B2 nach dem Europäischen Referenzrahmen analog zu den Integrationskursen. Insbesondere im Bereich der berufsbezogenen deutschen Sprachkenntnisse sind verstärkt Anstrengungen notwendig, in Kooperation mit Betrieben und Ausbildungsstellen eine Regelung zu finden.

*Eine verbesserte Kooperation
ermöglicht eine schnellere
Integration in den Arbeitsmarkt*

Im Rahmen des Bundesprogrammes „Integration verbindlich gestalten“ ist seit 2014 mit dem Instrument der Integrationsvereinbarung die Kooperationsbeziehung zwischen der Ausländerbehörde, der Arbeitsagentur und dem kommunalen Jobcenter sowie den Migrationsberatungsdiensten mit dem Ziel einer schnelleren Integration von Neuzuwanderern in den Arbeitsmarkt intensiviert worden.

Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Insbesondere die starke Zuwanderung von Personen aus den osteuropäischen EU-Erweiterungsgebieten hat aufgrund fehlender oder unzureichender Krankenversicherungen zu deutlich steigenden Zahlen bei der Inanspruchnahme der Humanitären Sprechstunde bei der allgemeinmedizinischen und der zahnmedizinischen Versorgung sowie der Schwangerensprechstunde geführt. Die aufgebauten Kooperationsstrukturen und Hilfsangebote haben sich bisher als belastbar erwiesen. Die dauerhafte finanzielle Absicherung in diesem Bereich ist angesichts der stetig gestiegenen Kosten neben der öf-

fentlichen Finanzierung seit 2014 kontinuierlich auf weitere Standbeine gestellt worden.

Die Ausbildung von Migrantinnen zu Übungsleiterinnen im Bereich Sport und das speziell an Migranten gerichtete Programm „Innenstadt in Bewegung“ zur besseren Kenntnis der vorhandenen Sportangebote verfolgten unter anderem das Ziel, den Anteil übergewichtiger Kinder zu reduzieren. Gleiches gilt für die im Rahmen der erweiterten Schwimmzeiten für Frauen im Hallenbad Kostheim angebotenen Schwimmkurse. Durch die Übergabe dieser Kurse an den Turnverein Kostheim 1877 besteht die Hoffnung, über die Schwimmkurse eine Brückenfunktion in die weiteren Angebote des Sportvereins herzustellen. Grundsätzlich wird es weiterhin gelten, die Potentiale des Sports verstärkt nutzbar zu machen.

Handlungsfeld Vielfalt in kulturellem Leben und Stadtentwicklung

Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf einzelne Stadtteile hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Einige Stadtteile in Wiesbaden mit einem hohen Anteil an Neuzuwanderern erfüllen für die Gesamtstadt Wiesbaden dabei die notwendige Funktion einer transitorischen Zone und übernehmen Aufgaben der Erstintegration.

Die Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ schließen eine Lücke im Integrationsmonitoring, da sie Einstellungen und Bewertungen erfassen. Knapp 2/3 der Befragten ohne und 77 % der Befragten mit Migrationshintergrund beurteilen das nachbarschaftliche Verhältnis als gut oder sehr gut und beide Gruppen leben gleich gerne (82 %) in Wiesbaden. Hier gilt es durch städtebauliche und sozialinfrastrukturelle Maßnahmen sowie geeignete Formen der Bürgerbeteiligung diese Werte zu halten und zu verbessern.

Stadtteile mit einem erhöhten Migrantanteil sind weiterhin mit Förderprogrammen zu

Die in allen Stadtteilen mit einem erhöhten Migrantanteil existierenden Foren der Stadtteilarbeit greifen die damit verbundenen Herausforderungen auf und bearbei-

*unterstützen und Migranten-
selbstorganisationen als
gleichberechtigte Partner
verstärkt einzubeziehen*

ten den erhöhten Unterstützungsbedarf in allen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes in einem konstruktiven Miteinander, das von Förderprogrammen flankiert werden muss.

Um bei der Integration in allen Handlungsfeldern sprachliche und kulturelle Hürden zu verringern, wird das im Rahmen des Programms Modellregion Integration aufgebaute Angebot der Integrationsassistenten seit 2014 ausschließlich mit kommunaler Förderung fortgeführt.

Ferner sind Migrantenselbstorganisationen stärker als bisher als Potential bei der Integration in das Wohnumfeld zu nutzen. Es gilt, deren Bereitschaft hierfür zu gewinnen und diese entsprechend zu qualifizieren.

Die leicht steigende Tendenz der Wohnungseigentümerquote von Haushalten mit Migrationshintergrund gibt nicht nur Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Bevölkerungsgruppe, sondern kann auch als Zeichen für eine Identifikation mit Wiesbaden und dem jeweiligen Stadtteil gewertet werden. Es bleibt in den folgenden Jahren spannend zu beobachten, wie sich diese Quote weiterentwickeln wird. Viele Zuwanderer der ersten Generation haben noch in ihrem Herkunftsland in Immobilien investiert. Dies könnte sich bei den nun folgenden Generationen stärker wie bisher auf den Erwerb von Wohnungseigentum in Wiesbaden verlagern.

Anhang

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden


	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A. Strukturelle Integration					
A.1 Rechtliche Integration								
Ausländer/-innen insgesamt	a)	2014	52 356	26 576	25 779	x	x	x
darunter mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU- Staatsangehörigkeit	a)	2014	41 235	21 050	20 184	x	x	x
Ausländer/-innen im Alter von 16 und mehr Jahren	a)	2014	47 190	23 975	23 214	x	x	x
darunter mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2014	26 029	12 703	13 326	x	x	x
A.2 Integration in das Bildungssystem								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2014	1 608	816	792	1 261	654	607
darunter mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten	b)	2014	1 480	738	742	1 232	641	591
Schüler/-innen in der 8. Klasse an allgemeinbildenden Schulen	b)	2014/15	1 021	530	491	1 530	792	738
davon auf ...								
Förderschule mit Schwerpunkt Lernen	b)	2014/15	32	19	13	30	21	9
Hauptschule	b)	2014/15	120	84	36	64	44	20
Realschule	b)	2014/15	243	124	119	204	118	86
Integrierte Gesamtschule	b)	2014/15	346	178	168	469	248	221
Gymnasium	b)	2014/15	280	125	155	763	361	402
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	b)	2014	794	396	398	1 937	925	1 012
davon								
ohne Hauptschulabschluss	b)	2014	58	40	18	53	31	22
mit Hauptschulabschluss	b)	2014	164	92	72	159	88	71
mit Realschulabschluss	b)	2014	363	180	183	567	304	263
mit Hochschulreife	b)	2014	209	84	125	1 158	502	656
Berufsschüler/-innen	a)	2014/15	1 341	800	541	5 941	3 508	2 433
darunter ohne Ausbildungsvertrag	a)	2014/15	342	235	107	383	264	119

- 1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
. Zahlen nicht verfügbar
x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A.3 Integration in den Arbeitsmarkt					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	a)	2014	16 663	9 620	7 043	83 852	42 161	41 691
darunter mit Angabe der beruflichen Ausbildung	a)	2014	11 711	6 606	5 105	73 503	63 938	36 565
davon								
ohne Berufsausbildung	a)	2014	4 325	2 628	1 697	9 976	5 415	4 561
mit Berufsausbildung	a)	2014	5 384	2 979	2 405	44 434	21 222	23 212
mit (Fach-) Hochschulausbildung	a)	2014	2 002	999	1 003	19 093	10 301	8 792
Geringfügig Beschäftigte	a)	2014	3 258	1 162	2 096	12 128	4 659	7 469
Arbeitslose	a)	2014	3 625	1 723	1 902	7 373	3 843	3 530
Unter 25-jährige Arbeitslose	a)	2014	376	206	170	883	467	416
Erwerbsfähige Leistungsbefähigte nach dem SGB II	a)	2014	7 895	3 650	4 245	13 373	6 341	7 032
A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum	b)	2014	3 423	x	x	25 568	x	x
B. Kulturelle Integration								
B.1 Spracherwerb								
Kinder in der Schuleingangsuntersuchung mit Ergebnissen zur Sprachkompetenz	b)	2014	1 591	806	785	x	x	x
darunter Kinder, die Deutsch fehlerfrei oder mit leichten Fehlern sprechen	b)	2014	1 161	573	588	x	x	x
B.2 Gesundheit								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2014	1 608	816	792	1 261	654	607
darunter mit Übergewicht	b)	2014	220	123	97	75	40	35

1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
. Zahlen nicht verfügbar
x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
C. Soziale Integration								
C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten								
Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr	a)	2014	19 836	10 150	9 686	x	x	x
Bevölkerung mit Migrations- hintergrund und Geburtsort in Deutschland ...	b)	2014	26 763	13 832	12 931	x	x	x
C.2 Multikulturelles Zusammenleben								
Eheschließende Migrant/-innen	b)	2014	1 680	852	828	x	x	x
darunter heiraten eine/n Partner/-in ohne Migrationshintergrund	b)	2014	542	283	259	x	x	x
Eheschließungen zwischen Personen mit Migrationshintergrund	b)	2014	569	x	x	x	x	x
darunter mit einem erst nach der Eheschließung eingereisten Partner	b)	2014	184	73	111	x	x	x
Haushalte	b)	2014	143 948	x	x	x	x	x
darunter Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben	b)	2014	13 027	x	x	x	x	x
D. Identifikatorische Integration								
D.1 Einbürgerungen								
Ausländer/-innen mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2013	26 264	12 897	13 367	x	x	x
Einbürgerungen	a)	2014	769	359	410	x	x	x
darunter Anspruchseinbürgerungen	a)	2014	661	310	351	x	x	x
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								

Informierte wissen mehr ...
www.wiesbaden.de/statistik



Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32 | 65183 Wiesbaden

Telefon 06 11 | 31 54 34
E-Mail dokumentation@wiesbaden.de

